

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **14./15. Parlamentssitzung**
des Stadtparlaments im Amtsjahr 2024/2025
vom 9. Dezember 2024

von 16.15 – 18.25 Uhr und 20.00 – 20.55 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz: F. Helg (FDP)
Protokoll: A. Furrer
Entschuldigt: 15. Sitzung: L. Studer (GLP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1		Protokoll der 10./11. Sitzung	
2	24.97	Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission (AK) anstelle des zurücktretenden M. Graf (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
3	24.98	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Stadtbau (SBK) anstelle des zurücktretenden M. Gross (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
4	24.99	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) per 17. Dezember 2024 anstelle des zurücktretenden P. A. Werner (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
5	24.100	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) per 1. Januar 2025 anstelle der zurücktretenden S. Casutt (AL) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
6	24.101	Wahl eines Mitgliedes in die Kommission Mechatronik Schule Winterthur (MSW) anstelle des zurücktretenden B. Flachmüller für den Rest der Amtsdauer 2022/2026 (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Interfraktionellen Konferenz)	M. Sorgo

ENTWURF

7	24.82 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2025 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe	N. Ernst
8	24.86 (DSU)	Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2025 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Parkieren Winterthur	K. Vogel
9*	24.81 (DFI)	Genehmigung des Budgets 2025 und Festsetzung des Steuerfusses / Kenntnismahme des Finanz- und Aufgabenplans 2025 bis 2028	Ch. Hartmann
10	24.93 (DBM)	Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL), A. Steiner (GLP), S. Gfeller (SP), R. Perroulaz (FDP) und A. Würzer (EVP) betr. HB 2050: Das Maximum aus dem Bestehenden herausholen	
11	23.69 (DFI)	Antrag und Bericht zur Motion A. Steiner (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne), B. Huizinga (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Pachtverordnung für städtisches Landwirtschaftsland	
12	23.85 (DFI)	Beantwortung der Interpellation K. Frei Glowatz (Grüne) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Mitwirkung der Quartierbevölkerung in der Stadtlandwirtschaft	
13	24.19 (DBM)	Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU), P. Angele (SVP), R. Heuberger (FDP) und L. Studer (GLP) betr. Erfordernis Erstellung von Mockups und Aufgaben der Fachgruppe Stadtgestaltung / AfS	
14	24.20 (DBM)	Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU) und R. Heuberger (FDP) betr. Bauausschuss oder Baukommission – Teilrevision der Zuständigkeitsordnung für das Bauwesen	
15	23.51 (DSO)	Antrag und Bericht zum Postulat M. Steiner (SP), A. Würzer (EVP), S. Casutt (AL), N. Ernst (GLP) und N. Wenger (Grüne) betr. kinderfreundliche Stadt Winterthur	
16	23.87 (DTB)	Antrag und Bericht zum Postulat Ph. Weber (SP) und A. Büeler (Grüne) betr. Anerkennung der Stadt Winterthur als Blue Community	
17	24.28 (DPR)	Beantwortung der Interpellation A. Zuraikat (Die Mitte) betr. mehr Integration durch Vereine	
18	24.44 (DSS)	Beantwortung der Interpellation K. Vogel (Die Mitte), N. Holderegger (GLP), D. Roth-Nater (EVP) und P. A. Werner (SVP) betr. Nutzung der Handys und elektronischen Geräte an den Schulen Winterthurs	

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsident F. Helg: Ich begrüsse alle zur heutigen Doppelsitzung.

Mitteilungen

Parlamentspräsident F. Helg: Später eintreffen werden Alex Würzer (ca. 15 min. verspätet) und Nicole Holderegger. Sie wird im Lauf der Sitzung zu uns stossen. Lisa Studer wird die Sitzung um 18 Uhr verlassen müssen.

ENTWURF

Wir haben heute zwei Verabschiedungen. Zum einen verlässt Sarah Casutt das Parlament auf 31. Dezember 2024. Sarah Casutt war gut 2 ½ Jahre im Stadtparlament, also seit dem Legislaturbeginn. Sie muss jetzt aus beruflichen Gründen etwas kürzertreten. Sie war während der ganzen Dauer Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK). In dieser Kommission, Sarah, kreuzten sich auch die politischen Wege von uns beiden, weil wir rund zwei Jahre lang gemeinsam in dieser Kommission Mitglieder waren. In der Kommission hast Du die Arbeit der Stadtpolizei immer kritisch betrachtet, was sich auch in Deinen Vorstössen zeigte, wo Du Dich pointiert dazu geäussert hast.

Du hast verlauten lassen, dass Du Dir die Möglichkeit der Rückkehr in die lokale parlamentarische Arbeit offen behältst. In diesem Sinn sage ich Dir «auf Wiedersehen». Herzlichen Dank und alles Gute.

Du hast Dir als Abschiedsgeschenk einen Gutschein gewünscht, den möchte ich Dir hier vorne übergeben. (*Applaus*)

Der zweite Rücktritt betrifft Pascal Werner (15. März 2023 – 16. Dezember 2024). Du warst vom 3. April 2023 bis 16. Dezember 2024 Mitglied im Winterthurer Stadtparlament. Das waren rund 1 ¾ Jahre. Auch Du musst aus beruflichen Gründen ein bisschen kürzertreten und die Prioritäten so setzen, dass Du nicht mehr im Stadtparlament Mitglied sein kannst. Du warst Mitglied der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK).

Als Winterthurer Gastronom warst Du, Pascal, bereits vielen von uns bekannt, als Du ins Parlament eingetreten bist. Wenn ich das richtig sehe, verliert das Winterthurer Stadtparlament mit Deinem Ausscheiden die einzige Stimme der Gastronomie von einem Vertreter, der diesen Beruf tatsächlich an der Front ausübt. In dem Sinn herzlichen Dank auch an Dich und alles Gute.

Du hast Dir als Abschiedsgeschenk ein Bild ausgesucht, dieses möchte ich Dir hier vorne übergeben. (*Applaus*)

Von verschiedenen Seiten kamen Anfragen betreffend Film- und Fotoaufnahmen, deshalb sind solche Aufnahmen generell erlaubt.

Ich kann auch hier nochmals den Hinweis machen, auf den unsere Protokollführerin, Andrea Furrer, immer Wert legt, da es ihr die Arbeit sehr erleichtert, wenn man ihr die Voten schriftlich im Voraus oder unmittelbar nach der Sitzung einreicht. Ich habe gehört, das wurde jetzt wieder vermehrt gemacht, und ist von daher eine grosse Erleichterung für Andrea.

Heute ist nach der Sitzung ein kleiner Apéro geplant, wie das schon in vergangenen Jahren der Fall war. Das Ziel ist, dass wir dann mit dem Budget fertigwerden, nach Möglichkeit schon ein bisschen vor zehn Uhr, damit auch wirklich noch Zeit bleibt für diesen Apéro.

Erklärungen

Parlamentspräsident F. Helg: Kommissionserklärungen und persönliche Erklärungen sind keine eingegangen.

Hingegen wird Stadtrat Nicolas Galladé noch etwas sagen zum Mindestlohn-Urteil des Verwaltungsgerichts und zur Anfechtung aus der Sicht des Stadtrats. Bitte, Nicolas Galladé.

Stadtrat N. Galladé: Besten Dank für die Gelegenheit, in Absprache mit dem Ratspräsidenten heute kurz über das weitere Vorgehen des Stadtrats in Bezug auf das Urteil des Verwaltungsgerichts Zürich zum Mindestlohn zu informieren.

Sie wissen, am 29. November wurde das Urteil des Verwaltungsgerichtes publiziert. Es gab den Rekurrent:innen Recht und damit die Verordnung über den Mindestlohn in der Stadt Win-

ENTWURF

terthur (und auch in der Stadt Zürich) aufgehoben – vorbehältlich natürlich, dass das Rechtskraft erlangt. Das war die 2. Instanz. Die nächste Instanz, das wäre dann auch die letzte Instanz, wäre das Bundesgericht. Ich habe am selben Tag die SSK in Kenntnis gesetzt davon und ihnen auch mitgeteilt, was wir auch öffentlich mitgeteilt haben: Dass wir das weitere Vorgehen prüfen werden.

Vor einer Woche, also am Wochenende darauf, kam nach der Ratssitzung der Präsident des Stadtparlamentes auf mich zu. Er wies mich auf das Gemeindegesetz hin, das vorsieht, dass einerseits die Zuständigkeit in einem solchen Fall beim Stadtparlament liegt, und dass auch im Gemeindegesetz vorgesehen ist, dass es die Möglichkeit gibt, vorsorglich Beschwerde einzureichen. Und zwar aus dem Grund, dass die zuständige Instanz (das Stadtparlament) überhaupt dazu kommt, darüber zu entscheiden. Das hat mit Fristen zu tun und das hat auch mit den Sitzungsdaten zu tun, konkret hier vom Stadtparlament. Und er hat die dezidierte Meinung (nachvollziehbarer Weise) deponiert, dass er einen solchen vorsorglichen Weiterzug erwarte, damit das Stadtparlament überhaupt zu der Kompetenz kommt, das ihm zusteht. Diese Einschätzung, das kann ich so mitteilen, hat sich mit dem gedeckt, was auch unsere Prüfungen ergeben haben. Von daher haben wir eine gemeinsame Sicht der Dinge, eine gemeinsame Ausgangslage. Das hat dann auch dazu geführt, dass wir am Mittwoch im Stadtrat über das weitere Vorgehen diskutieren und ich das so dem Ratspräsidenten mitteilen konnte – und jetzt auch gerne Sie darüber informieren kann.

Der Stadtrat wird dem Stadtparlament zeitnah eine Weisung vorlegen, Diese Weisung bildet wiederum die Grundlage für die parlamentarische Beratung dieses Geschäfts und letztlich dann auch die Basis für den definitiven Entscheid durch das Stadtparlament.

Um das Entscheidungsrecht des Stadtparlamentes zu wahren, das ist quasi die zweite wesentliche Information, wird der Stadtrat innert Frist vorsorglich Beschwerde beim Bundesgericht einreichen.

Dieses Vorgehen ist so mit dem Parlamentspräsidenten abgesprochen und entspricht auch dem Anliegen, das er in seiner Funktion richtigerweise deponiert hat und das wiederum auch unserer Einschätzung entspricht. Besten Dank an dieser Stelle an Felix Helg, den Ratspräsidenten, für die konstruktive und sachdienliche Zusammenarbeit.

Und besten Dank Ihnen für die Kenntnisnahme.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank, Nicolas Galladé. Ich kann da vielleicht noch ergänzen aus der Sicht von mir als Parlamentspräsident, der ich ja die Interessen des Gesamtparlaments wahren muss. Es ist mir einfach ein Anliegen, dass das Entscheidungsrecht des Parlaments, wie es jetzt auch Stadtrat Nicolas Galladé gesagt hat, gewahrt ist. Und das bedingt, dass diese Beschwerde dann auch fristgemäss deponiert werden muss.

Es ist jetzt auch so abgesprochen mit der Präsidentin der SSK, Renate Dürr, dass das Geschäft so durchgeschleust werden kann, dass wir in der Januar-Sitzung dann über den Weiterzug im Plenum entscheiden können.

Damit können wir diese Problematik so abschliessen.

Traktandenliste

Parlamentspräsident F. Helg: Die Traktandenliste haben wir bereits an der letzten Sitzung festgelegt. Wir nehmen die Beratungen dort auf, wo wir letztes Mal steckengeblieben sind, also beim Budget. Wenn wir schon frühzeitig fertig werden, würden wir die weiteren Traktanden gemäss Traktandenliste behandeln.

9. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.81: Genehmigung des Budgets 2025 und Festsetzung des Steuerfusses / Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2025 bis 2028

Parlamentspräsident F. Helg: Genehmigung des Budgets 2025 und Festsetzung des Steuerfusses / Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2025 bis 2028.

Die Detailberatung gemäss Drehbuch haben wir bis zur Produktegruppe Tiefbau im Departement Bau und Mobilität abgeschlossen. Wir beraten die Produktegruppen jetzt weiter. Und am Schluss, das nochmals zur Erinnerung, behandeln wir die Produktegruppe Finanzausgleich und Steuern, wo es ja auch um die Frage der Steuererhöhung geht.

Wenn wir die Detailberatung durch haben, kommen wir zur Schlussberatung, wo dann auch die Möglichkeit besteht, zu den Weisungsanträgen Anträge zu stellen. Insbesondere ist ja da ein Antrag in Diskussion zur negativen Kenntnisnahme des FAP. Und man kann in der Schlussberatung auch gesamthaft zum Beratungsergebnis Stellung beziehen. Und am Schluss kommen dann die Schlussabstimmungen zu den Weisungsanträgen und allfälligen weiteren Anträgen.

Das nochmals zusammengefasst zum Ablauf.

Ich habe mich gerade noch abgesprochen mit der Vertretung des Finanzamts, wie die sozusagen zwischenzeitliche Saldo-Meldung aussieht: Stand jetzt ist das Budget durch Beschlüsse, die wir im Parlament gefasst haben, um 8.7 Millionen verbessert worden. Das ist der momentane Stand der Dinge, bei dem ja insbesondere der Pauschalantrag von 7 Millionen ins Gewicht fällt.

Wie gesagt, die PG Tiefbau haben wir letzten Montag abgeschlossen. Wir fahren weiter mit der nächsten Produktegruppe gemäss dem Inhaltsverzeichnis.

PG Entsorgung: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Geomatik- und Vermessungsamt: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Amt für Baubewilligungen: Da gibt es zwei SBK-Anträge, A16 und A17. Der Kommissionsreferent ist Michael Gross.

M. Gross (SBK): Diese Anträge dürften nicht so viel zu reden geben, es geht ja auch nicht um eine Trottoirüberfahrt. Deshalb fasse ich beides zusammen.

Es war so, dass das Amt für Baubewilligungen den Faktor abgeändert hat, weil sehr viele wärmetechnische Anlagen neu im Meldeverfahren und nicht mehr im Anzeigeverfahren sind. Die Kommission hat dann den Gegenantrag gestellt, dass man den Prozentfaktor gleich belässt und einfach Melde- und Anzeigeverfahren zusammennimmt, so dass man das mit früheren Werten vergleichen kann.

Das sind die Anträge A16 und A17, es geht beide Male um das Gleiche.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? Die Anträge wurden in der Kommission beide einstimmig angenommen.

Damit kommen wir bereits zur Abstimmung. Es ist vorgesehen, dass wir die beiden Anträge gemeinsam zur Abstimmung bringen würden.

Antrag A16, SBK: Messgrösse anpassen auf: WTA-Gesuche im Anzeige- und Meldeverfahren innert 1 Monat (in %). Gleichzeitig ist der Wert auf 90% zu erhöhen.

Antrag A17, SBK: Messgrösse wie folgt anpassen: WTA-Gesuche im Anzeige- und Meldeverfahren innert 2 Monaten (in %). Messwert erhöhen auf 95%.

Abstimmungsergebnis: Die beiden Anträge werden mit 57:0 bei 0 Enthaltungen angenommen.

Damit ist diese Produktegruppe auch besprochen.

ENTWURF

PG Städtebau: Hier gibt es die Anträge A18, A19 und A20. Das sind drei SBK-Anträge, bei denen ich beliebt mache, dass wir sie gemeinsam beraten, sie dann aber – weil sie doch von unterschiedlicher Materie sind und unterschiedliche Abstimmungsergebnisse haben – getrennt zur Abstimmung bringen. Referent für die SBK ist bei der PG Städtebau Benedikt Zäch.

B. Zäch (SBK): Der Antrag A18 stellt den Antrag, den Globalkredit um 100'000 Franken zu reduzieren. Die Begründung ist «Sachkosten steigen fortlaufend». Dieser Antrag wurde 6:3 in der SBK angenommen.

Antrag A19 wurde 9:0 angenommen. Da geht es wieder um die Änderung einer Messgrösse bzw. einer Umformulierung der parlamentarischen Ziele. Es geht um die durchschnittliche Krediteinhaltung von abgerechneten Objekten, wo es heisst «durchschnittliche Krediteinhaltung in Prozent». Es ist eine Formulierungsänderung.

Antrag A20 ist ein Antrag beim gleichen Kennwert. Dieser Wert soll gleichzeitig von 90% auf 95% erhöht werden. Dieser Antrag wurde mit 5:4 angenommen.

R. Heuberger (FDP): Antrag A18, Reduktion um 100'000 Franken: Wir werden dem zustimmen. Und zwar ist das im Bereich der Sachkosten, wo wir doch ein riesiges Wachstum hatten im Städtebau. Seit ich dabei bin, seit 2018, hatten wir im Amt für Städtebau ein Kostenwachstum von fast 60% in dieser Position. Deshalb werden wir da zustimmen, denn das ist doch deutlich mehr, als Bevölkerungswachstum oder irgendwelche Teuerungen rechtfertigen würden.

Beim Antrag A19 bzw. A20: Die Formulierung des WoV-Indikators, den wir bisher haben, ist unklar. Mit der Korrektur wird klar, dass es eben um die Erfüllung von mindestens der Anzahl geht, die wir dann im WoV-Indikator festlegen, und deshalb dient der Antrag der Klärung dieses Faktors. Dem können wir klar zustimmen.

Der Antrag A20 geht in das Thema, das wir schon mehrmals diskutiert haben: «Dörf's no es bitzeli meh sy?» - Nein, eben nicht. In der aktuellen Finanzsituation sind wir darauf angewiesen, dass Kosten für Bauprojekte a) so tief wie nötig projektiert werden (ich wiederhole: wie nötig) und b) dann auch wirklich eingehalten werden. In den Verpflichtungskrediten hat es meistens Reserven von 10% für Unvorhergesehenes und nochmals 10% Stadtratsreserven. Die Kosten werden zudem indexiert, d.h. die Teuerung hat gar keinen Einfluss auf das Kostenwachstum. Gemäss Aussage der Verwaltung werden durchschnittlich 15% Reserven eingeplant und das zu einem Zeitpunkt, zu dem wir bereits eine Kostengenauigkeit von +/- 10% haben. Also müssten die Kosten eigentlich ja zu 100% eingehalten werden können. Deshalb unterstützen wir den moderaten Antrag der SBK, dass der WoV-Indikator betreffend Krediteinhaltung wieder auf 95% (analog Budget 2024) festgesetzt wird. Vielen Dank.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ich möchte zum Antrag A18 noch ein bisschen weiter ausführen, als es in der Begründung der SBK steht. Wir haben beim Amt für Städtebau ein Gesamtbudget von 13.3 Millionen, im Vergleich zum Vorjahr von 12.2 Millionen und im Vergleich zur Rechnung 2023 von 10.6 Millionen. Wir hatten bei den Sachkosten in der Rechnung 2023 1.4 Millionen, bei den Sachkosten im Budget 2024 1.7 Millionen und bei den Sachkosten im Budget 2025 1.9 Millionen. Auf diesen Betrag möchte die SBK 100'000 Franken weniger Aufwuchs zulassen.

Der Aufwuchs bei den Sachkosten von 1.8 auf 2 Millionen ist im Budgetbuch begründet mit Projekten und Planungen, die man begleitet. Es sind dort auf den Seiten 139 und 140 8 Projekte aufgezählt. Der 9. Punkt sind diverse weitere Projekte. Auf diesen Beträgen, auf diesen Planungen, möchten wir im Jahr 2025 100'000 Franken weniger Zuwachs zulassen. Es ist eine Kürzung auf den Globalkredit – grundsätzlich ist es dem Departement und dem Amt für Städtebau überlassen, wo genau sie diesen Aufwuchs weniger machen. Wir würden das aber z. B. beim Entwicklungsprozess Grüze Süd, beim Projekt «fehlende Schutzzwecke» und/oder beim Masterplan Bahnhof Oberwinterthur sehen. Das sind 3 der 8 Projekte, die namentlich gelistet sind im Budgetbuch.

ENTWURF

Aber wie gesagt, wenn man findet, diese sind wichtig, kann man das auch anderswo machen. Es sind 100'000 Franken von 2 Millionen. Vielen Dank für die Unterstützung.

B. Zäch (SP): Antrag A18: Die SP-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Die Begründung ist wörtlich: «Sachkosten steigen fortlaufend.» Das ist keine Begründung, sondern eine Kapitulation vor der inhaltlichen Kommissionsarbeit. Diese würde nämlich versuchen, der Frage nachzugehen, weshalb diese Sachkosten steigen, sich das erklären zu lassen und sich dann, aufgrund von Fachauskünften, begründet eine Meinung zu bilden.

Nun kann man davon ausgehen, dass in der SBK ausführlich erläutert wurde, was passiert, wenn diese Kürzung eingestellt wird. Man kann aber auch von aussen klar erkennen, was die Folge ist, wenn in der Abteilung Hochbau im Amt für Städtebau eine Kürzung im Umfang einer Projektleiterstelle eingestellt wird oder eine Kürzung von externen Aufträgen im Umfang einer Projektleitungsstelle. Zwangsläufig führt es zur Verschiebung von wichtigen, bereits intern mehrfach priorisierten Projekten und – notabene vom Parlament – angemahnten Projekten. Ich danke Andreas, dass er eines von diesen genannt hat, nämlich Entwicklung Bahnhof, welches u. a. Die Mitte sehr stark anmahnt. Und solche Projekte sind betroffen. Und es könnte sogar dazu führen, dass laufende Projekte gestoppt werden müssen.

In der Baumasse, die aktuell ansteht, sind das v. a. Schulhäuser und grosse Arealplanungen, von denen Andreas Geering zwei genannt hat. Niemand kann sich hier im Parlament damit herausreden, man wisse ja nicht, wo die Stadt dann die Schwerpunkte setzen solle. Wieder einmal will eine Mehrheit des Parlaments die Verantwortung für die eigenen Entscheide nicht auf sich nehmen. Und auch wenn Romana Heuberger wortreich beteuert, dass die Sachkosten steigen (und ich bin nicht seit 2018 in der Kommission, sondern seit 2017): Es hat einen Grund. Es hat einen Grund, weshalb die Sachkosten steigen: Das sind die vielen Projekte, die laufen.

Es ist sehr unredlich, wenn jetzt eine solch laue Begründung vorgeschoben wird. Es wäre ehrlicher, wenn man klar benennen würde, worauf man sich beziehen möchte.

Der Antrag A19 ist 9:0 durch die Kommission, das ist eine rein redaktionelle Änderung, die wir selbstverständlich auch unterstützen.

Den Antrag A20 lehnt die SP-Fraktion ebenfalls ab. Mit einer Bereinigung dieser missverständlichen Formulierung mit dem Antrag A19 ist unmissverständlich festgehalten, dass die durchschnittliche Krediteinhaltung von abgerechneten Projekten durchschnittlich bei 90% liegen soll. Und um Romana Heuberger zu paraphrasieren: Dieser Antrag ist wieder einmal - aber in die andere Richtung - «Dörf's es bitzeli meh sy?» Nämlich nochmals ein bisschen Druck, nochmals ein bisschen mehr Krediteinhaltung. Und 90% ist sehr hoch. Jetzt noch eine zusätzliche Leistungserhöhung von durchschnittlich 95% einzubauen, halten wir für eine völlig unnötige Übersteuerung.

A. Würzer (EVP): Zuerst zum Antrag A18: Wir von der EVP aus beobachten ebenfalls mit gewisser Sorge, dass die Sachkosten beim Amt für Städtebau seit Jahren fortlaufend steigen. Und auch mit dieser Reduktion (wir haben es gehört) werden die Sachkosten gegenüber 2024 um knapp 180'000 Franken steigen. Das erscheint uns vertretbar. Und deshalb werden wir diesem SBK-Antrag zustimmen.

Antrag A19 ist unbestritten.

Ein bisschen anders sieht es wiederum beim Antrag A20 aus. Wir sind wie unsere Kolleginnen und Kollegen von der SP nicht der Meinung, dass diese Verschärfung, wie sie da gefordert wird, zielführend ist. Wir werden diesen Antrag deshalb ablehnen. Besten Dank.

M. Nater (GLP): Die GLP stimmt allen Kommissionsanträgen zu, so wie wir das letzten Montag schon gehandhabt haben.

A18: Noch zu den Aussagen von Benedikt Zäch bezüglich Kürzung Globalkredit. Die Steigerung, die hier aufgezeigt wurde, ist 10% - und die Kürzung beträgt 1%. 1% Kürzung sollte

ENTWURF

durch eine Effizienzsteigerung möglich sein, das wäre auch einmal ein Weg, den man in dieser Stadt gehen könnte. Denn uns wurde in der Kommission diese Steigerung auch nicht so erklärt, dass es für uns wirklich nachvollziehbar geworden ist.

A19 ist unbestritten.

Zu A20: Die durchschnittliche Krediteinhaltung soll von 90% auf 95% erhöht werden. Dies kann die GLP unterstützen, da gerade bei der Krediteinhaltung die Stadt eine Vorbildrolle erfüllen sollte. Und ich denke, von den Privaten erwarten wir auch, dass sie 95% ihrer Kredite entsprechend einhalten.

J. Praetorius (Grüne/AL): Ich beziehe mich auch nochmals auf das Votum von Benedikt hinsichtlich dem Antrag A18. Wir möchten uns da gegen dieses Vorhaben aussprechen und plädieren dafür, das abzulehnen. Die Konsequenz einer Stellenkürzung im Umfang einer Projektleitungsposition in der Abteilung Hochbau zum Beispiel vom Amt für Städtebau ist alarmierend. Es ist unvermeidlich, dass dadurch Verzögerungen bei den kritischen städtischen Vorhaben entstehen werden. Noch dramatischer ist, dass diese Kürzung auch sofortige Abbrüche bei laufenden Projekten zur Folge haben könnte. Und angesichts der gewaltigen Bauvolumen, die es zurzeit zu bewältigen gibt, trifft das v. a. lebenswichtige Infrastrukturen wie Schulgebäude. Der Entscheid könnte also katastrophale Auswirkungen für die Bildungslandschaft bei uns haben. Und die Tragweite dieser Kürzung kann man gar nicht abschätzen. Sie bedroht auch nicht nur den reibungslosen Ablauf der städtischen Entwicklung, sondern gefährdet auch die Qualität und Sicherheit von öffentlichen Gebäuden.

Aus unserer Sicht ist es schlichtweg unverantwortlich, an einer so kritischen Stelle zu sparen, bei der jede Verzögerung oder jeder Projektstopp weitreichende negative Folgen für die gesamte Stadtentwicklung haben kann.

Ein bisschen einfacher ist es beim Antrag A19, da sind wir auch der Meinung, es handelt sich um eine redaktionelle Änderung des Textes, was auch tiefere Werte zulässt.

Beim Antrag A20 sind wir auch der Meinung, dass die Messlatte von 90% bereits hoch ist und dass man das nicht noch erhöhen muss. Dementsprechend lehnen wir den Antrag ab. Vielen Dank.

Ph. Angele (SVP): Wir unterstützen die Anträge A18, A19 und A20.

Noch ein Kommentar zum A19: Dabei geht es eben darum, wie Benedikt gesagt hat, das Wording ein bisschen anzupassen und zu simplifizieren.

Und beim A20 sehen wir es so, dass man es nicht doppelt gemoppelt braucht, also wenn man die Reserven einbaut beim Projekt und dann beim Schwellenwert nochmals tief halten, sondern das kann man wirklich von 90 auf 95% anheben. Das ist nicht irgendwie dramatisch, sondern realistisch.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Vielleicht zuerst kurz noch: Ja, die Mitte/EDU-Fraktion unterstützt die Anträge A19 und A20.

An Julius: Es ist nicht eine Stellenkürzung, sondern es sind externe Kosten. Es geht explizit nicht um interne Stellen, sondern um Geld für externe Berater oder externe Sachkosten.

Und, Benedikt, dass die Begründung nur aus drei Worten besteht («Sachkosten steigen fortlaufend»), das ist tatsächlich so im Budgetbuch. Das war aber nicht so im ursprünglichen Antrag, der in der Stadtbau-Kommission gestellt wurde. Dort war es ausführlicher; das wissen wir alle, die dieser Kommission angehören. Es ist eigentlich ein rein redaktionelles Verkürzen, welches da stattgefunden hat.

Dass wir den Bahnhof im Fokus hätten als Mitte/EDU-Fraktion, das ist richtig. Wir haben den Bahnhof, und zwar den Hauptbahnhof (das werden wir beim Traktandum 11 nochmals hören), stark im Fokus. Ich habe aber in den vorgehenden Ausführungen vom Bahnhof Oberwinterthur gesprochen – und das sind nicht die gleichen Bahnhöfe. Danke für die Kenntnisnahme.

ENTWURF

M. Gross (SVP): Andreas hat es mir ein bisschen vorweggenommen: Es geht nicht um eine Stellenkürzung, auch wenn das im Votum von Benedikt ein bisschen so getönt hat, weil externe Stellen und interne Stellen manchmal vermischt werden. Aber wenn man nach Ansicht von Benedikt nicht dem Stadtrat folgt, dann geht immer die Welt unter. Von daher bin ich sicher: 99,9999% der Stadtbevölkerung bekommt gar nicht mit, dass die 100'000 Franken nicht im Budget sind. Ausser der Landbote schreibt das. Und die Bevölkerung wird es auch nächstes Jahr nicht mitbekommen, dass es nicht drin ist.

Und dann noch zum A20: Der Faktor war 0.95 (auch an die EVP), wir haben ihn nicht heruntergesetzt. Die Stadt hat ihn heruntergesetzt. Er war letztes Jahr schon 0.95 und wir wollten einfach wieder den gleichen Faktor. Es ist auch da nur die Beibehaltung des Status quo. Aber irgendwo muss der Kompromiss sein.

Stadträtin Ch. Meier: Danke vielmals für diese vielseitigen Voten.

Zum Antrag A18: Jawohl, es stimmt, die Sachkosten sind gestiegen. Dass man aber die Steigung oder die Referenz für die Steigung bei diesen Sachkosten mit dem Bevölkerungswachstum zu vergleichen versucht, das grenzt schon fast ein bisschen an Satire. Nein, nicht an Satire, aber es ist schlicht nicht nachvollziehbar. Das hat jetzt wirklich einfach gar nichts miteinander zu tun.

Es hat damit zu tun, dass sehr viele Projekte am Laufen sind in der Stadt Winterthur. Das sind grosse Areale, die in Entwicklung sind. Wir haben es aus verschiedenen Voten zum Teil gehört: Da geht es um eine Entwicklung des Hauptbahnhofs, es geht um eine Entwicklungsplanung von Grüze-Süd (auch wenn das Euch nicht wichtig ist, so hat es doch ganz viele Unternehmen dort, die wissen möchten, wie es weitergeht – für diese ist es wichtig, zu wissen, wie es dort weitergeht), es geht um Winterthur-Süd. Das Projekt, bei dem wir im Moment mit dem ASTRA dran sind, um die Machbarkeit dieser Tunnellösung zu klären. Da müssen wir fit sein, da müssen wir Schritt halten können. Das ASTRA hat das Personal und kann dort Gas geben; wir müssen Schritt halten können, wenn wir unsere Interessen wirklich sichern wollen in diesem Projekt. Es geht auch um einen Bahnhof Oberwinterthur. Auch da: Vielleicht ist es Der Mitte-Fraktion nicht wichtig, was dort passiert. Der Masterplan Bahnhof Oberwinterthur kam ins Laufen aufgrund von Unternehmen, die sich weiterentwickeln wollen und die wissen wollen, wie die Rahmenbedingungen in Zukunft sind. Wie können auch städtische Interessen in einem solchen Projekt abgebildet werden? Das finde ich wahnsinnig nett von ihnen, dass sie uns mit ins Boot nehmen möchten – aber das heisst, wir müssen wirklich auch bereit sein zum Mitdenken. Es geht um ein Wissensquartier und es geht zum Teil auch um kleine Sachen wie z. B. das Freiraumkonzept beim Merkurplatz.

Was auch Teil dieses Kontos ist, sind z. B. Mehrwertberechnungen. Das ist etwas, auf das am Schluss wieder ein relativ grosser Payback kommt. Da sind wir sehr daran interessiert, dass diese wirklich so gemacht werden, dass wir einen verlässlichen Wert haben, den wir nachher auch im Rahmen eines städtebaulichen Vertrags Vereinbarungen treffen können mit Unternehmenden, mit Investorinnen und Investoren, die in Winterthur etwas bewirken wollen. Die Tatsache, dass dieses Konto am Wachsen ist, hat nichts mit dem Bevölkerungswachstum 1:1 zu tun, sondern damit, dass Unternehmen etwas in der Stadt Winterthur bewirken wollen.

Selbstverständlich budgetieren wir da nicht mehr, als von dem, wovon wir ausgehen, dass wir das brauchen. Es ist an Ihnen zu entscheiden, ob Sie diese 100'000 Franken streichen wollen, aber das würde wirklich heissen, dass wir in gewissen Projekten, die zum Teil schon am Laufen sind, zurückbuchstabieren müssen und dann unter Umständen städtische Interessen nicht mehr im gleichen Sinne abgebildet werden können.

Zum Antrag A19 muss ich nichts sagen, da können wir uns sehr gut anschliessen.

Wir können uns auch dem Antrag A20 anschliessen. Aber da vielleicht doch noch kurz zur Präzisierung: Es ist völlig normal, dass es bei einem Baukredit eine Reserve hat und dass s nachher aber auch nicht immer eine 100prozentige Krediteinhaltung gibt. Also wenn man dann sagt, man müsse sich als Stadt vorbildlich verhalten und Unternehmen müssten das

ENTWURF

schliesslich auch: Auch Unternehmen haben bei Baukrediten a) eine Reserve und b) vielleicht eine 90prozentige Krediteinhaltung.

Selbstverständlich sind wir bemüht, die Krediteinhaltung so hoch wie möglich zu haben. Also von wegen «Dörf's es bitzeli meh sy?» - Ich denke, Du solltest das Amt für Städtebau gut genug kennen um zu wissen, dass wir unseren Auftrag ernstnehmen und dass wir nicht – weil wir die 90% ausreizen könnten – noch ein bisschen an dieser Krediteinhaltung schraubeln. Es ist uns ein grosses Interesse, dass die Krediteinhaltung so hoch wie möglich ist. Wenn das Parlament diese auf 95% festlegen möchte, dann ist das O.K. für uns. Wie gesagt: Wir machen sowieso einfach unser Bestes.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann gehe ich davon aus, dass wir jetzt abstimmungsreif sind. Ist da noch eine Wortmeldung von Romana Heuberger?

R. Heuberger (FDP): Genau. Ich wurde jetzt mehrfach angesprochen in den Voten. Ich finde es schön, dass Ihr Bezug nimmt auf meine Ausführungen – aber dann bitte korrekt und nicht einfach irgendetwas herauspicken, das ich in dieser Form nicht gesagt habe.

Es ist immer so, dass wenn es im Amt für Städtebau hohe Kosten hat, wird es begründet mit dem grossen Bevölkerungswachstum. Ich habe aber mehrere Gründe angegeben, weshalb diese Kosten steigen könnten und ich habe gesagt, dass alle miteinander das nicht begründen.

Und wenn ich jetzt den Voten zugehört habe, die wir hier drinnen gehört habe, dann würde man meinen, wir hätte die Drittleistungen vom Amt für Städtebau bzw. vom Departement Bau und Mobilität auf Null zusammengestrichen. Dem ist nicht so. Wir haben immer noch 6.3 Millionen Honorare und Dienstleistungen Beratung Dritter. Einfach damit da klar ist, dass da sehr viel Geld investiert wird, auch wenn wir die 100'000 Franken streichen, und wir geben immer noch 200'000 Franken mehr aus im Amt für Städtebau als wir es im letzten Jahr budgetiert haben. Also von Streichen und Zusammenstreichen und weiss ich nicht was sparen kann keine Rede sein – wir haben auch da einmal mehr nur mehr Ausgaben ein bisschen reduziert. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Normalerweise ist es nicht üblich, dass man nochmals das Wort ergreift, nachdem die Departementsvorsteherin gesprochen hat, aber damit das Verhältnis gewahrt ist, erhält Benedikt Zäch nochmals das Wort.

B. Zäch (SP): Es geht nicht um das Verhältnis wahren, sondern um das Prozedere. Ich habe nur die Frage an den Ratspräsidenten, wieso er es zulässt, dass nach dem Stadtrat überhaupt noch ein Parlamentsmitglied nochmals sprechen kann.

Parlamentspräsident F. Helg: Ich glaube, ich muss mich da jetzt nicht speziell erklären. Ich weiss ja jeweils nicht, was genau für ein Votum folgt. Ich glaube, ich habe es jetzt richtiggestellt, dass es sicher nicht den üblichen Usanzen entspricht.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir haben drei Anträge, Antrag A18, A19 und A20. Wir werden diese getrennt zur Abstimmung bringen.

Antrag A18, SBK: Reduktion des Globalkredits um CHF 100'000 (Reduktion Sachkosten).
Abstimmungsergebnis: Dem Antrag wurde mit 33:24 bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Antrag A19, SBK: Die Messgrösse soll wie folgt umformuliert werden: Durchschnittliche Krediteinhaltung von abgerechneten Objekten in %.

Abstimmungsergebnis: Dem Antrag wird mit 57:0 bei 0 Enthaltung einstimmig angenommen.

Antrag A20, SBK: Gleichzeitig soll der Messwert von 90% auf 95% erhöht werden (durchschnittliche Krediteinhaltung).

Abstimmungsergebnis: Dem Antrag wird mit 29:28 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

ENTWURF

Damit ist diese Produktgruppe fertigbehandelt und damit ist auch das Departement Bau und Mobilität insgesamt fertig.

Departement Sicherheit und Umwelt

PG Stadtrichteramt: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Stadtpolizei: Zu dieser Produktgruppe liegt ein Antrag der Fraktion Grüne/AL vor, Antrag A21. Begründet wird der Antrag von Sarah Casutt.

S. Casutt (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL stellt den Antrag, den Globalkredit der Produktgruppe 420 Stadtpolizei um 187'000 Franken zu reduzieren. Und zwar ist auf den Stellenaufbau von 2.0 Stellen zu verzichten und im Budget 2025 die Personalkosten dementsprechend um 187'000 Franken zu kürzen.

Es ist der Fraktion Grüne/AL hier wichtig zu sagen, dass es uns nicht explizit um die beiden Sachbearbeitungsstellen geht, sondern um die jährlich zunehmende Differenz zwischen den beantragten und tatsächlich besetzten Stellen bei der Stadtpolizei. Die Differenz zwischen dem SOLL 2025 und dem IST 2023 beträgt über 26 Stellen. Weil die Stadtpolizei nicht mit der Besetzung aller Stellen für 2025 rechnet, sind ganze 18 Vollzeitstellen gar nicht mehr im Budget ausfinanziert.

Dass ein schweizweiter Fachkräftemangel bei der Polizei besteht, ist uns allen bekannt. Und aufgrund der Unterbesetzung auch in Winterthur z.B. Wünsche für freie Tage oder Schichten teilweise gar nicht mehr berücksichtigt werden können. Auf diesen Personalmangel hat die Stadtpolizei bisher - unter anderem - mit einer grossen Werbe- und jetzt auch Ausbildungs offensive reagiert. Das begrüssen wir natürlich.

Trotzdem sollen – aus Sicht der Grüne/AL – zuerst einmal die bereits bewilligten Stellen besetzt werden, bevor wieder neue Stellen im Budget bestellt werden. Zudem sollte auf den Fachkräftemangel auch mit kreativen Lösungen reagiert werden, weil sich dieser in der nächsten Zeit nicht komplett auflösen wird. Eine Möglichkeit sehen wir z.B. im Ausbau von der aufsuchenden Sozialarbeit, welche präventiv und ressourcenorientiert im öffentlichen Raum – für ein gutes Miteinander – arbeitet. Danke.

G. Gisler (SVP): Den Antrag der Fraktion Grüne/AL wird die SVP-Fraktion ablehnen. Dies v. a. aus folgenden Gründen:

1. Die zwei beantragten Stellen werden hauptsächlich während den Bürozeiten ausgeübt. Deshalb wird auch erwartet, dass diese Stellen müheloser und eher besetzt werden können. Für diese Büroarbeitszeiten sollen aber keine Ressourcen aus der Sicherheitspolizei abgezogen werden.
2. Die eine Stelle, die hauptsächlich die Verkehrsinstruktion betrifft, muss einen gesetzlichen Auftrag an den Schulen erfüllen. Die andere Stelle Sachbearbeitung muss die markante Zunahme der Fälle von Amts- und Vollzugshilfen durch andere Amtsstellen, wie z.B. Anfragen von Betreibungsämtern oder Ripol abarbeiten.
3. Selbstverständlich sollen auch die vakanten und damit bereits bewilligten Stellen der Sicherheitspolizei tatsächlich besetzt werden, sofern es der Arbeitsmarkt eben dann auch zulässt. Besten Dank.

D. Rohner (EVP): Die Polizeikorps kämpfen ganz allgemein mit niedrigen Beständen von Polizistinnen und Polizisten. Und seitens EVP unterstützen wir die Bestrebungen der Stadtpolizei Winterthur sehr, ihre Personalbestände weiterhin mit qualifiziertem Personal aufstocken zu können. Den Ansatz der AL sehen wir als falsches Signal und lehnen ihn deshalb ebenfalls ab. Danke.

ENTWURF

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Gaby Gisler hat schon sehr differenziert erklärt, weshalb dieser Antrag abzulehnen ist. Ich bringe es noch auf eine andere Art: Ich stelle mir vor, wir finden zu wenig Klassenlehrpersonen oder überhaupt Lehrpersonen an einer Klasse. Und wir sagen einfach, wir verzichten auf die Stellen, die wir im Hauswartzbereich brauchen oder im Schulsekretariat, weil man das ja miteinander vermischen könne. Es kommt mir ein bisschen so vor.

Verkehrsinstruktions- und Sachbearbeitungsstellen kann man eben nicht mit vergleichen mit Sicherheitspolizei-Stellen. Und aus diesem Grund lehnen wir diesen Antrag ab.

O. Staub (SP): Es ist immer wieder ein bisschen absurd, wie die Bürgerlichen Stellen und Budget streichen, dass es klöpft und tätscht. So ganz nach dem Motto: Nach mir die Sintflut. Aber sobald es dann um die Stadtpolizei geht, seht Ihr dann plötzlich wieder den Wert der Menschen und der Arbeit auf der Stadtverwaltung. So von wegen die Linken machen Klientelpolitik.

Versteht mich nicht falsch: Die plötzlich entflammte bürgerliche Wertschätzung gegenüber der Stadtverwaltung und ihrer Arbeit ist grundsätzlich sehr begrüssenswert, aber diese Stellen spezifisch wären jetzt – im Gegensatz zu sehr vielen Stellen, die Ihr in dieser Budgetdebatte schon zusammengespart habt - nicht mit einem Leistungsabbau verbunden, weil davon auszugehen ist, dass diese Stellen gar nicht besetzt werden können.

Und Ihr habt Sarah nicht gut zugehört, denn sie hat explizit noch gesagt, dass es nicht spezifisch um diese Stellen im Sekretariat geht.

Ein Stellenaufbau auf Vorrat kann nicht das Ziel sein, das solltet eigentlich auch Ihr sehen, liebe nachhaltige Zusammenspar-Allianz. Die SP unterstützt den Antrag auf einen Verzicht des Stellenaufbaus um 2 Stellen, die Gründe dafür hat Sarah schon gut ausgeführt. Danke.

B. Oeschger (GLP): Mit der Antragsbegründung hat Sarah Casutt auch gleich die Argumente dagegen geliefert. In der ganzen Schweiz ist der Fachkräftemangel spürbar und der Wettbewerb unter den Polizeikorps um ausgebildete Polizistinnen und Polizisten ist sehr gross und die Thematik ist eine riesige Herausforderung.

Diesen Sommer habe ich die Stadtpolizei bei einer Nachtschicht von Freitag auf Samstag begleiten dürfen. Und dort habe ich erfahren dürfen, was der Personalmangel für die Mitarbeitenden der Stapo bedeutet. Als Reaktion, wir haben es gehört, hat die Stadtpolizei eine Kampagne lanciert, um Personal anzuwerben. Und mit diesem Budget werden wir auch die Ausbildungsoffensive für mehr Aspirantinnen und Aspiranten gutheissen.

Dieser Antrag aber kommt konkret einem Abbau der Sicherheitspolizei gleich. Viele Leistungen, die die Stapo jetzt erbringt, gehen auf Kosten der Mitarbeitenden. Sie können keine Wunschfreitage nehmen und müssen an freien Wochenenden - auch wegen Fussballspielen oder Demonstrationen - Schichten leisten. Das Ziel, familienfreundliche Arbeitspläne anzubieten, würde so in weite Ferne rücken. Es braucht die Soll-Stellen. Und ja, zum Ausbau der aufsuchenden Sozialarbeit: Es ist mir kein Antrag bei der Produktegruppe Familie und Betreuung dazu bekannt. Aber wenn wir eine sichere Stadt Winterthur wollen, dann sollten wir der Stadtpolizei auch die entsprechenden Stellen und Arbeitsmittel bewilligen.

D. Romay (FDP): Auch wir lehnen den Antrag der AL ab. Es wurde schon vieles gesagt. Vielleicht noch etwas, das noch nicht gesagt wurde: Als Referenzwert gibt es von der UNO einen Vergleich, wie viele Polizisten man pro 300 Einwohnende haben sollte: Das wäre 1 Polizist. In Winterthur ist dieser Referenzwert bei 526 Einwohnende pro Polizist. Wir denken, es wäre ein sehr schlechtes Signal gegenüber der Stadtpolizei, wenn wir wegen diesen 2 Stellen, die da erläutert wurden, diesen Antrag annehmen würde.

Insofern lehnen wir diesen Antrag ab und wünschen der Stadtpolizei selbstverständlich, dass sie in der nächsten Zeit oder in den nächsten Jahren so viele Stellen, wie sie braucht, auch besetzen kann. Und es zeigt auch da exemplarisch auf, dass wir einen Fachkräftemangel haben, das wurde auch erwähnt. Und bei der Polizei ist es noch ein bisschen verschärfter, denn

ENTWURF

es kommen nicht gleich viele Polizisten wie Absolventen von anderen Ausbildungen. Polizisten muss man quasi speziell ausbilden; und da hoffen wir sehr, dass die Stadtpolizei die Ausbildungsstellen, die sie braucht, langfristig planen und auch besetzen kann. Danke.

Stadträtin K. Cometta: Danke für Eure Voten. Es wurde schon vieles gesagt, ich habe einfach noch ein paar Highlights zu machen. Die beiden Stellen sind begründet durch ein Fallwachstum, das wurde ja auch nicht bestritten. Es geht einerseits um eine Stelle Spezial- und Umweltdienst, wo wir wirklich ein massives Fallwachstum haben. Das hat Gaby Gisler auch ausgeführt. Da haben wir z. B. im Bereich der schriftlichen Anzeigen eine Zunahme von 240% innerhalb von zwei Jahren; Vollzugshilfe der Einwohnerkontrolle Steigerung von 40% innerhalb eines Jahres; Aufträge von anderen Amtsstellen sind von 980 im Jahr 2020 auf 1'536 im Jahr 2023 gestiegen, also plus 56%. Das sind nur ein paar Beispiele, um das Fallwachstum zu schildern.

Und ebenso ist es bei der Verkehrsinstruktion, das ist irgendwie logisch: Wenn es mehr Schülerinnen und Schüler gibt, dann braucht es eben nicht nur mehr Lehrpersonal, sondern auch mehr Polizist:innen, welche diesen Verkehrsunterricht machen können, der (wie auch schon gesagt) ein gesetzlicher Auftrag ist einerseits. Und v. a. ist es mir wirklich auch ein Herzensanliegen: Das ist wichtige Präventionsarbeit, die wirklich dazu beiträgt, dass die jungen Leute sicher im Strassenverkehr sind.

Also die Stellen selbst sind sehr gut begründet. Und wenn man jetzt anfängt, Äpfel und Birnen zu mischen, und wenn man über die Sicherheitspolizei – bei der es die Stellen braucht, die wir im Stellenplan haben, die sind auch vom Parlament bewilligt.

Es wurde gesagt: Wir arbeiten daran, den Personalbestand wieder zu haben. Wir haben im Moment nicht alle Stellen ausfinanziert, von daher sind das nicht Gratis-Stellen, die wir jetzt verschieben könnten. Wir haben 18 Stellen, die nicht ausfinanziert sind. Wir werden aber mehr Aspirant:innen ausbilden. Wir sind zurzeit am Rekrutieren und es sieht sehr gut aus.

Und es gibt auch noch andere Massnahmen, die erwähnte Kampagne ist nur eine davon. Selbstverständlich, liebe Sarah, ich bin auch für die aufsuchende Sozialarbeit. Ich bin sehr stolz, dass die Stadt Winterthur ein gesamtstädtische Sicherheitsstrategie hat, bei dem die Sicherheit als umfassendes Thema, bei dem es ganz viele verschiedene Stellen braucht, angeschaut wird. Sicherheit ist eine Verbundsaufgabe, da leistet auch die Schule einen ganz wichtigen Beitrag dazu, auch das DSO und natürlich auch die Mobilität, wenn es um eine Strassenraumgestaltung geht. Da arbeiten wir Hand in Hand zusammen.

Mit diesem Kürzungsantrag schwächt man die Sicherheitspolizei (das sind diejenigen, die zurzeit im Unterbestand sind), das hat auch Benedikt Zäch geschildert, und die eigentlich am meisten leiden unter dieser Situation. Das sind diejenigen, die auch schon jetzt Überstunden machen.

Ich nehme auch erstaunt zur Kenntnis, dass die SP Arbeitnehmendenschutz nicht für alle Arbeitnehmenden sieht.

In dem Sinne danke für Eure Voten. Ich bin froh, wenn Sie die beiden Stellen genehmigen.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann schreiten wir zur Abstimmung.

Antrag A21, Grüne/AL: Reduktion des Globalkredits um CHF 187'000 (Stellenverzicht).

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mit 23:34 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Damit ist die Produktgruppe Stadtpolizei fertig behandelt.

PG Parkieren Winterthur: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Melde- und Zivilstandswesen: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Schutz und Intervention Winterthur: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Umwelt- und Gesundheitsschutz: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

Damit ist das Departement Sicherheit und Umwelt fertig behandelt.

ENTWURF

Departement Schule und Sport

PG Volksschule: Da sind drei Anträge aufgeführt, A22 – A24. Ich sehe das so vor, dass wir hier getrennte Diskussionen führen. Zuerst zum Antrag A22, bei dem es um die Tagesschulproblematik geht. Das ist ziemlich anders als das, was in Antrag A23 und A24 kommt. Wir werden nachher natürlich auch entsprechend getrennt abstimmen. Wir behandeln also jetzt Antrag A22, das ist ein Fraktionsantrag der SP, und führen auch die Diskussion dazu. Der Antrag wird von Thomi Gschwind vorgestellt.

Th. Gschwind (SP): Danke, Felix. Du hast es schon gesagt: Die Tagesschul-Problematik. In Winterthur gibt es bereits eine Tagesschule – nur weil es einen Mittagstisch gibt, ist das noch lange keine richtige Tagesschule. Wir wissen gar nicht, ob es eine andere Tagesschule braucht. Wie würde überhaupt eine richtige Tagesschule aussehen? Welches Modell von Tagesschulen würden wir denn wollen? Haben wir überhaupt genügend Räume für Tagesschulen? Wie viel würden denn die Tagesschulen kosten? Wie würden wir das machen wollen? Braucht es da nicht Anpassungen des Stundenplans für eine richtige Tagesschule? Wir wissen gar nicht, ob das überhaupt genutzt werden würde.

Ungefähr so oder so ähnlich tönt es seit ungefähr 5 Jahren – wenn nicht schon länger -, wenn sich Stadtparlamentarierinnen und Stadtparlamentarier von Winterthur über Tagesschulen unterhalten. Das ist verständlich: Alle haben etwas anderes im Kopf.

Was wir aber wissen, ist, dass Tagesschulen extrem wichtig und gut sein können. Sie sind wichtig für die Kids – sie können mit Gleichaltrigen Zeit verbringen, das ist gut für ihre Sozialkompetenz; sie können unter Betreuung Hausaufgaben machen und lernen, das ist gut für Ihre Bildung; gleichzeitig könnten aber auch ihre Eltern arbeiten, das wäre gut für unsere Wirtschaft (Stichwort Fachkräftemangel, Stichwort Steuereinnahmen). Das alles wiederum ist logischerweise gut für unsere Stadt.

Wir von der SP appellieren heute Abend deshalb nochmals in bisschen an den Lokalpatriotismus. Wir fordern heute keine Tagesschulen. Wir fordern bzw. wir wollen nur endlich wissen, wie denn die Tagesschule aussehen könnte. So, dass wir alle gemeinsam über das Gleiche sprechen. Wir wollen wissen, wie wir sie aufbauen müssten, und wir wollen wissen, was das kosten würde.

Wir stellen deshalb den Antrag für 120'000 Franken für eine Projektierungsstelle. Es ist eine Projektierungsstelle. Danke vielmals.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Gefühlt jedes Jahr kommt ein solcher Antrag. Fakt ist, dass wir in Winterthur ein Tagesschulangebot haben (und nicht nur Mittagstisch, lieber Thomi!). Wir haben schulergänzende Betreuung am Morgen, am Mittag und am Abend. Und deshalb gibt es in dem Sinne Tagesschulstrukturen. Wir anerkennen aber, dass es allerdings Verbesserungspotenzial im Konzept Tagesschulen in Winterthur gibt. Und da gebe ich Dir Recht: Es ist sehr wichtig für Sozialkompetenzen, um diese aufzubauen, absolut. Wir haben aber auch eine Schulpflege in Winterthur. Und Du appellierst an den Lokalpatriotismus – das mache ich auch. Wie gesagt, wir appellieren da, dass es ein bedarfsgerechtes Angebot gibt, je nach Kreisen. Und dass man das auch wirklich gut analysiert.

Unsere Schulpflege hat das Thema in ihren Legislaturzielen (Zitat): «Nach Zusammenarbeit mit den politischen Gremien und den Schulen liegt eine politisch breit abgestützte Strategie für ein Tagesschulmodell für die Stadt Winterthur vor.» (Zitat Ende)

Und das ist Lokalpatriotismus für mich, lieber Thomi. Wie gesagt und wie es in den Legislaturzielen formuliert ist.

Unsere Fraktion stellt sich nicht gegen das Tagesschulmodell. Aber es soll keine Pflicht sein für alle. Lassen wir doch unsere Schulpflege an der Strategie arbeiten. Und zum richtigen Zeitpunkt werden sie uns das Modell vorstellen und wir können dann darüber befinden. Vielen Dank.

ENTWURF

M. Lischer (Grüne/AL): Der Antrag der SP hat einen Zusammenhang zum Postulat 2017.70, das vom Stadtrat bereits beantwortet wurde. Und seither ist schon viel Wasser den Mattenbach, die Eulach und die Töss heruntergeflossen, aber die angekündigte Umsetzung dieses Postulats scheint untergegangen zu sein. Die Umsetzung zumindest wurde zurückpriorisiert. Aber die Stadt wächst und wächst und damit auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler und auch der Bedarf an Schulraum und Turnhallen und an inner- und ausserschulischen Betreuung.

Es gibt überall Wachstum und Wachstum – und es ist halt auch ein Bedarf da zur Einrichtung von Tagesschulen. Und um das zu klären, braucht es eine Projektstelle – und zwar jetzt. Und deshalb stimmen wir von der Grüne/AL-Fraktion dem Antrag von Thomi Gschwind und der SP zu.

C. Mancuso (FDP): Vieles wurde schon gesagt. Kindergarten- und Primarschulkinder werden von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends betreut und für die Sekeschüler gibt es den Mittagstisch.

Was noch wichtig ist: Leider steht Winterthur finanziell schlecht da und das Geld fehlt an allen Ecken und Enden. In den kommenden Jahren stehen im Schul- und Sportdepartement wichtige Bauprojekte an, die dringend finanziert werden müssen – mit Mitteln, die aktuell nicht vorhanden sind.

Vor diesem Hintergrund, und da die Einführung von Tagesschulen – so wie Ihr Euch das vorstellt - ohnehin frühestens nach 2030 realistisch ist, halten wir es für unnötig, jetzt eine Stelle zur Projektentwicklung von Tagesschulen zu schaffen. Dies wäre eine Verschwendung von Steuergeldern – Steuergeldern, die von der Winterthurer Bevölkerung und den ansässigen Unternehmen durch harte Arbeit zuerst erwirtschaftet werden müssen.

Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag ab.

P. A. Werner (SVP): Ich fand das Votum von Thomi Gschwind ganz lässig, es hat ganz schöne Kernpunkte drin, die ich unterstützen würde. Notabene muss ich einfach sagen: Wir haben eine WSP, wir haben eine Schulpflege in Winterthur, die ziemlich greifend ist. Und von der Seite der SVP-Fraktion sind die 120'000 Franken Erhöhung absolut überflüssig und unnötig. Und deshalb empfehlen wir die Ablehnung dieses Antrags für eine Erhöhung von 120'000 Franken. Danke vielmals.

N. Holderegger (GLP): Ja, ich konnte nicht die ganze Diskussion betreffend Tagesschulen verfolgen. Was klar ist und von Seiten GLP unbestritten ist: Dass es eine Tagesschule über kurz oder lang braucht. Die Frage, meine Damen und Herren, ist bei diesem Budget: Ist das der richtige Zeitpunkt? Und ich glaube, da kann man – ohne zu polemisieren wollen – der einen oder anderen Auffassung sein.

Wenn eine Schulpflege, die Winterthur eingesetzt hat, eine professionelle Schulpflege, dieses Geschäft selbst zeitlich nach hinten priorisiert hat, dann kann man – und das ist in diesem Sinn auch die Meinung der GLP-Fraktion – dem Folge leisten und dieses Geschäft materiell später behandeln. In dem Sinn: Wir sagen nicht Nein zu einer Tagesschule, aber wir halten den Antrag heute, in der jetzigen Lage, die wir haben – angespannt, ich wiederhole es -, nicht für zeitlich angemessen und deswegen nicht für günstig. In dem Sinne werden wir das einstweilen ablehnen. Besten Dank.

Stadträtin M. Blum: Vielen Dank für die Voten. Ich möchte vorausschicken: Das Thema Tagesschule ist auch für mich eine Herzensangelegenheit und ich habe das, seit ich im Amt bin (seit 15 Monaten) auch fokussiert und mich erkundigt, was da läuft.

Es ist auch in den Voten sichtbar geworden: Hier geht es um ein Thema an der Schnittstelle von Stadtrat und Schulpflege. Ich möchte dazu vorwegschicken, dass das Budget auch in Absprache mit der Schulpflege erstellt wurde. Beide, Stadtrat und Schulpflege, sehen auch die

ENTWURF

Notwendigkeit der Priorisierung im Sinne eines ausgeglichenen Budgets. Deshalb ist die Projektleitungsstelle aktuell nicht im Budget. Priorisierung ist nötig, das haben wir v. a. auch letzte Woche in sehr vielen Voten gehört. Und es ist unser Job als Stadtrat und Schulpflege, die Priorisierung zu machen. Und insbesondere in unserem Departement, angesichts der vielen Herausforderungen, denen wir in der Schullandschaft begegnen.

Noch kurz etwas zum Vorhaben Tageschule: André Zuraikat hat es zitiert, ich sage es auch nochmals. Tagesschulen ist ein Legislaturziel der Schulpflege – nicht, dass wir am Ende der Legislatur eine Tagesschule haben, sondern es ist das Ziel, dass wir einen politisch breit abgestützten Konsens, eine politisch breit abgestützte Strategie für ein Tageschulmodell haben. Im Moment, das hören wir auch jedes Jahr bei den Voten zu diesem Thema, gibt es keinen Konsens, was genau eine Tagesschule ist. Das ist nicht wie in Zürich.

Wir haben aktuell eine schulergänzende Tagesbetreuung, von früh bis spät, inklusive Ferienbetreuung. Und das ist mir ganz wichtig: Ein so umfassendes Betreuungsangebot hier in Winterthur ist viel, sehr viel wert - als Standortvorteil für die Wirtschaft und für die Familien in Winterthur, die Beruf und Familie vereinbaren möchten. Und das haben wir und das leisten wir und das ist auch dieses Jahr wieder im Budget.

Wichtig ist jetzt, dass zuerst die Diskussion geführt wird, was die Tagesschule «Modell Winterthur» ist. Das ist ähnlich wie beim 2. Hallenbad. Auch da musste zuerst ein Konsens gefunden werden, von welchem Hallenbad wir überhaupt sprechen, was Winterthur für ein Hallenbad braucht. Und selbstverständlich muss dabei auch auf die finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt Rücksicht genommen werden. So ist es auch für die Tagesschule.

In diesem Sinn und im Wissen, dass wir bereits ein umfangreiches Betreuungsangebot haben, und auch mit Blick auf die nötige Priorisierung der personellen und finanziellen Ressourcen ist es unserer Meinung nach im Moment nicht der richtige Zeitpunkt, zusätzliche Ressourcen in die Weiterentwicklung des Themas zu stecken.

Parlamentspräsident F. Helg: Damit sind wir bereits abstimmungsreif. Da es bei diesem Antrag um eine Erhöhung des Globalkredits geht, ist wieder das erhöhte Quorum erforderlich, dass die Mehrheit der Mitglieder (also 31) dem Antrag zustimmen muss, damit dieser auch wirklich verbindlich wird. Aber wir haben auch gerade die Situation, die eher selten ist, dass wirklich das gesamte Parlament vollzählig hier ist zurzeit. Das ist doch eher selten – es ist alles grün aufleuchtend bei mir auf dem Bildschirm.

Antrag A22, («erhöhtes Quorum»), SP: Erhöhung des Globalkredits um CHF 120'000 (Projektleitungsstelle Tagesschulen).

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mit 24:34 bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Damit kommen wir zu den anderen beiden Anträgen in dieser Produktgruppe, bei denen es um die Verpflichtungskredite geht: Antrag A23 und A24. Der Lead wechselt hier zu den Sprechenden der SBK. Wie gesagt, wir diskutieren die Anträge zusammen, stimmen aber danach getrennt darüber ab. Für die SBK hat Alex Würzer als Kommissionsreferent das Wort.

A. Würzer (SBK): Ich darf Ihnen als Kommissionsverantwortlicher die beiden Kommissionsanträge A23 und A24 der SBK vorstellen.

In ihrer Budgetberatung hat die SBK festgestellt, dass sich sowohl der Gesamtkredit für die Gesamterneuerung vom Schulhaus Langwiesen als auch für das Schulhaus Steinacker gegenüber Budget 2024 massiv erhöht haben. Konkret werden für das Schulhaus Langwiesen neu 68.5 Millionen Franken gegenüber Budget 2024 von 51.8 Millionen Franken ausgewiesen; Mehrkosten also von 16.7 Millionen Franken. Beim Schulhaus Steinacker sind es neu 76.8 Millionen gegenüber 57.18 Millionen gemäss Budget 2024; also eine Differenz von knapp 20 Millionen Franken. Da noch nicht absehbar ist, welcher Anteil davon gebunden und welches neue Ausgaben sind, beantragt eine Kommissionsmehrheit von 8:1 Mitgliedern für das Schulhaus Langwiesen das Bewilligungsorgan vom Gebundenheitszeichen § auf den Gartenhag # (noch nicht bewilligt, wird später also zu einer Vorlage fürs Parlament resp. zu einer Volksabstimmung) anzupassen.

ENTWURF

Das Gleiche beantragt eine Kommissionsmehrheit von 7:2 Mitgliedern für das Schulhaus Steinacker.

S. Gfeller (SP): Den Sachverhalt der Gebundenheit haben wir schon letzte Woche diskutiert und den möchte ich nicht mehr wiederholen.

Zu den gestiegenen Kosten: Während im Planungskredit meist eine erste grobe Kostenschätzung vorgenommen wird, beruhen die endgültigen Zahlen auf dem Ausführungskredit und der tatsächlichen Bestellung. Im Laufe des Planungsprozesses müssen meistens weitere technische Anforderungen oder Anpassungen vorgenommen werden, was die Komplexität der Projekte zusätzlich erhöhen kann.

Da eine Weisung noch nicht vorliegt, ist es schwierig, inhaltlich über die Kosten zu reden, aber es ist uns in der Kommission aufgezeigt worden, was die grundsätzliche Problematik ist. Und die liegt vielmehr im zeitlichen Ablauf, wann die Projektkosten im Budget eingestellt werden müssen.

Je nach dem, in welchem Stadium sich ein Projekt zum Eingabeschluss des Budgets befindet, ist die Genauigkeit höher oder weniger hoch. Zudem ist zu vermerken, dass das Budget den politischen Prozess mit einer Weisung und einem Kreditantrag in keiner Weise aushebelt, es ist also verkraftbar, wenn gewisse Projekte nicht haargenau berechnet sind auf Budgetstufe. Diese Schwäche muss man im geltenden Planungsprozess akzeptieren.

Warum das Projekt teurer wird, können wir dann zu gegebenem Zeitpunkt in der Weisung lesen und danach in der Kommission und im Parlament debattieren.

Wir lehnen den Antrag ab.

J. Praetorius (Grüne/AL): Wir haben zu diesen beiden Anträgen die Meinung, dass man die Diskussion über eine Kostenerhöhung dann führen sollte, wenn eine Weisung vorliegt. Und das ist nicht der Fall. Eine kritische Äusserung kann man auch ohne Kürzung machen, das ist so. Aber eine Diskussion an der Budgetdebatte im Parlament kann nicht geführt werden, bevor es in der Kommission behandelt wurde. Das Investitionsbudget, das wurde schon gesagt, ist eine provisorische Auflistung der Planung. Diskutiert werden muss dann der konkrete Betrag, der mit der Weisung kommt.

Wir möchten nicht, dass eine Schwachstelle im Prozess mit einer neuen Schwachstelle im Parlament beantwortet wird, und lehnen dementsprechend diese Vorhaben ab, d. h. wir stimmen den Verpflichtungskrediten so zu.

A. Würzer (EVP): Die EVP-Fraktion nimmt diese massiven Kostensteigerungen bei den Schulhausprojekten zum aktuellen Zeitpunkt und ohne detailliertere Informationen mit Besorgnis zur Kenntnis. Gleichzeitig wollen wir aber die entsprechenden Weisungen abwarten und werden prüfen, wo genau die offenbar enormen Kostentreiber zu finden sind. Erst dann wird es anhand der konkreten Weisungen auch möglich sein, ein fundiertes Bild zu erhalten. Konkret zu den Anträgen: Dabei handelt es sich momentan ja wirklich noch um Formalien und wir sehen keinen Grund, dem so nicht zustimmen zu können. Besten Dank.

M. Nater (GLP): Wir von der GLP stimmen den Antrag zu, die Gebundenheit aufzulösen, da bei einem Betrag von je über 65 Millionen klar ist, dass es eine Volksabstimmung geben wird. Wie schon von meinen Vorreder/-innen aufgeführt, ist die Kostensteigerung von je über 15 Millionen für zwei Schulhaussanierungen bisher nicht nachvollziehbar, da es noch keine Beratung in der Kommission gab. Die Gründe sind im Moment Spekulationen; die üblichen Verdächtigen Bauteuerung, Bausubstanz, Denkmalpflege, Schadstoffe und höhere Ansprüche. Ob diese die Mehrkosten rechtfertigen, muss in der Kommission geklärt werden.

Noch kurz zur Aussage von Selim: Ja, im Vorprojekt gibt es eine Ungenauigkeit, aber es könnte auch einmal sein, dass das Projekt günstiger werden würde. Das wäre auch einmal eine Situation, die mir aus liberaler Sicht gefallen würde.

Das es aber auch anders geht, ohne Mehrkosten, zeigt wahrscheinlich das Hallenbad. Dort wurde ein Vertrag abgeschlossen zwischen der Stadt und dem privaten Bauherren. Meines

ENTWURF

Wissens gibt es dort keine Klausel, dass nun die Stadt Winterthur mehr zahlen muss, wenn es zu einer Bauteuerung kommt oder irgendwelche Bauprobleme auftreten.

Die Schulhäuser sind eine Notwendigkeit und werden von der Bevölkerung sehnlichst erwartet - und daher müssen wir jetzt auf die Kosten anschauen. Denn bei einer Volksabstimmung ist keine echte Alternative vorhanden, denn wir brauchen Schulraum und Betreuungsraum. Dieser soll aber auch zweckdienlich und bezahlbar sein.

R. Heuberger (FDP): Es wurde vieles schon gesagt. Ich möchte einfach daran erinnern: Jürg Altwegg hat vor ungefähr drei Jahren gesagt, dass wir 700 Millionen in den Schulhausbau investieren werden. Wenn wir bei diesen 700 Millionen überall 30% daraufhauen, dann sind wir bereits bei 1 Milliarde.

Und Martina Blum hat es vorhin gesagt: Wir müssen Prioritäten setzen, wir müssen sie auch bei der Schule setzen. Für uns ist es wirklich wichtig, dass der Schulraum zur richtigen Zeit am richtigen Ort und bezahlbar zur Verfügung steht. Und das ist, so glaube ich, ein grosser Auftrag, den wir alle miteinander haben.

Gerade bei den Schulhäusern Langwiesen und Steinacker haben wir in diesem Rat über die Kosten bereits beim Planungskredit intensive Diskussionen geführt. Und wir haben beim Planungskredit schon gesagt, in welche Kostenstruktur wir mit diesen Schulhäusern wollen. Und wir haben auch gesagt, dass sie günstiger werden sollen gegenüber den Zahlen, die uns damals präsentiert wurden.

Und von daher ist natürlich klar, dass wir doch mit grossem Erstaunen zur Kenntnis genommen haben im Budget, dass das jetzt deutlich teurer werden soll. Aber ja, es ist ein Stück weit klar, dass das vom Prozess her schwierig ist, das zu timen.

Und jetzt kommt das Aber: In dem Moment, in dem das Schulhausprojekt bei uns auf dem Tisch liegt in der Kommission, können wir meist nur noch Ja oder Ja sagen, weil es zeitlich schon dermassen knapp ist, dass wir gar nicht mehr die Möglichkeit haben, um da wirklich noch auf das Bauprojekt Einfluss nehmen zu können. Und deshalb haben wir es beim Planungskredit gemacht. Und deshalb sind wir erstaunt, dass das jetzt aus unserer Sicht wie ignoriert wurde. Denn die Ausgangslage war wie gegeben und unsere Zielvorgabe auch. Und aus dem gilt es das Beste zu machen.

Und das Beste zu machen, das heisst: Guten Schulraum finanzierbar zu bauen – denn sonst werden wir irgendwann das Geld nicht mehr haben, um alle Sanierungen und alle Erweiterungen, die nötig sind, auch tatsächlich zu machen.

Die verschiedenen Zahlen zeigen ja, dass ein Spielraum besteht bei der Ausführung dieser Projekte. Und gerade deshalb ist klar, dass die Projekte beide nicht gebunden sind bzw. dass die gebundenen Anteile noch genau festgelegt werden müssen.

Deshalb sind wir auch hier klar für die Änderung von Gebundenheit auf #. Danke vielmals.

Stadträtin M. Blum: Danke vielmals für die Voten. Es geht eigentlich um das Gebundenheitszeichen bei diesem Antrag, aber es war jetzt viel von Mehrkosten die Rede, deshalb auch kurz zu den Mehrkosten.

Fakt ist, dass wir aktuell bei zwei Grossprojekten von Kostensteigerungen ausgehen. Nicht unerheblichen Kostensteigerungen, das wurde auch gesagt. Das ist unerfreulich, ja, aber nicht unerklärbar. Die kritischen Äusserungen kann ich deswegen durchaus nachvollziehen. Es wurde auch gesagt, Selim hat es fast wortwörtlich gleich gesagt: Es ist ein Geschäft, über das wir sprechen, das nicht Teil dieses Budgets ist, da der Antrag des Stadtrats an das Stadtparlament für den Ausführungskredit noch nicht erfolgt ist. Fakt ist, dass wir mitten in der Projektierung sind.

Die Kritik, die wir jetzt gehört haben, ist auch dem geschuldet, dass wir heute an der Budgetdiskussion - oder auch im Vorfeld in der Sachkommission - nicht auch die materiellen Diskussionen führen können. Wir stehen hier vor einem prozessualen Problem, das wurde auch von einigen gesagt.

Mein Anliegen ist es, im Budgetprozess möglichst transparent zu sein und möglichst genau zu budgetieren. Wenn zum Zeitpunkt der Budgetierung Mehrkosten absehbar sind, auch

ENTWURF

wenn wir das noch nicht im Stadtrat oder in der Kommission diskutieren konnten, dann geben wir das trotzdem ins Budget ein. Und als eben die Mehrkosten sichtbar waren, war es mir deshalb wichtig, hier transparent zu sein und dies auch im Budget oder jetzt im Gesamtkredit so abzubilden.

Aus dem Prozess heraus hatten wir keine Möglichkeit, die SBK, also die Sachkommission, vorzuinformieren. Wir haben aber in der Vorbesprechung jedoch den Referenten informiert, dass es bei zwei Projekten zu massiven Kostensteigerungen kommt. Und wir haben auch das weitere Vorgehen besprochen, wann wir damit in die Kommission kommen.

Es ist mir wirklich wichtig, dass alle das so einordnen können: Das Unbehagen, das hier geäußert wurde, bezieht sich auf den Gesamtkredit – und der ist nicht Bestandteil des heutigen Budgetbeschlusses.

Die Verabredung war – und in der Kommission haben wir das auch so vereinbart – und es ist auch das normale Prozedere: Sobald wir die Projektierung abgeschlossen haben und auch der Stadtrat entschieden hat (voraussichtlich im 1. Quartal 2025), werden wir die Kommission inhaltlich über das Projekt informieren können und natürlich auch die Mehrkosten begründen. Das ist dann die nötige Grundlage, damit die Sachkommission entscheiden kann, ob die Mehrkosten nachvollziehbar sind oder nicht. Und es freut mich sehr, dass das zumindest ein Stück weit auch hier anerkannt wird.

Vielleicht noch kurz zu den Gebundenheitszeichen, weil es doch auch eine technische Thematik ist: Es geht um die beiden Schulhäuser Steinacker und Langwiesen. Diese brauchen sehr dringend eine Sanierung. Wir haben es mit zwei Schulhäusern zu tun, die über 50jährig sind und die seit der Erstellung niemals saniert wurden.

Und gleichzeitig werden die bestehenden Schulanlagen erweitert, weil wir auch in den nächsten 10 Jahren mit steigenden Schülerzahlen konfrontiert sind und auch das Wachstum der vergangenen Jahre noch nicht auffangen konnten. D.h. sie werden saniert und erweitert. Der Bedarf im Einzugsgebiet der Schulanlagen ist absolut gegeben. Wie wir das im Monitoring im Oktober kommuniziert haben, wird die Anzahl Schülerinnen und Schüler in Winterthur auch die nächsten 15 Jahre weiterwachsen.

Und wie bei jedem Bauprojekt ist die Sanierung jeweils gebunden und die Erweiterung nicht. Sobald die Projektierung abgeschlossen ist, kann der Stadtrat den gebundenen Teil sprechen und für den nichtgebundenen Teil dem Parlament eine entsprechende Weisung vorlegen.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann können wir zur Abstimmung schreiten. Wie angekündigt werden wir die beiden Anträge getrennt zur Abstimmung bringen, weil das auch in der Kommission nicht ganz gleich gesehen wurde gemäss dem Abstimmungsresultat.

Antrag A23, SBK: (Schulhaus Langwiesen) Beim Ausführungskredit ist das Bewilligungsorgan von § auf # anzupassen, da noch nicht klar ist, welcher Anteil gebunden und welches neue Ausgaben sind. Des Weiteren ist der Kreditbetrag deutlich gestiegen.

Abstimmungsresultat: Der Antrag wird mit 34:25 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

Antrag A24, SBK: (Schulhaus Steinacker) Beim Ausführungskredit ist das Bewilligungsorgan von § auf # anzupassen, da noch nicht klar ist, welcher Anteil gebunden und welches neue Ausgaben sind. Des Weiteren ist der Kreditbetrag deutlich gestiegen.

Abstimmungsresultat: Der Antrag wird mit 34:25 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

Damit ist die Produktegruppe Volksschule abgeschlossen.

PG Einkauf und Logistik Winterthur: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Sonderschulung: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Berufsbildung: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Familie und Betreuung: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

ENTWURF

PG Sportamt: Zu dieser Produktegruppe hat André Zuraikat noch eine Erklärung angemeldet.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Es handelt sich hier um eine Erklärung, es geht also nicht um einen Antrag, der sich auf den Globalkredit bezieht oder auf die parlamentarischen Zielvorgaben. Es geht da um eine Korrekturaufforderung und eine freundliche Erinnerung an das Finanzamt.

Im Produkt 7 Sportförderung ist uns der BSKK aufgefallen, dass der Beitrag an Jugendsportförderung von 350'000 Franken auf Seite 238 nicht dem Betrag gemäss den parlamentarischen Zielvorgaben von 300'000 Franken auf Seite 231 entspricht. Diese Diskrepanz muss korrigiert resp. auf 300'000 Franken angeglichen werden.

Die Leistungsmengen von 50'000 Franken, was ja die Differenz wäre, sind im Globalkredit nicht enthalten.

Abgesehen davon stellt die BSKK den Antrag, diese Produktgruppe abzunehmen. Vielen Dank.

Stadträtin M. Blum: Danke, André. Wir haben das in der Kommission so besprochen und wir haben dem nichts hinzuzufügen. Ausser jemand wünscht noch mehr Informationen.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank. Dann gehe ich davon aus, dass das in der definitiven Fassung des Budgets dann entsprechend nachgetragen ist.

Mit dem Sportamt ist die letzte Produktegruppe behandelt und das Departement Schule und Sport damit fertig behandelt.

Departement Soziales

PG Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Sozial- und Erwachsenenhilfe: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Individuelle Unterstützung: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Prävention und Suchthilfe: Da gibt es einen Antrag auf Fehlerkorrektur von der SSK. Das Wort hat Olivia Staub.

O. Staub (SSK): Es ist schnell erklärt: Es hatte einen Rechenfehler im Budget und die SSK beantragt, dass wir diesen korrigieren.

Parlamentspräsident F. Helg: Bei diesem Rechenfehler gibt es anscheinend keine Diskussion. Wir müssen das formell noch genehmigen mit einer Abstimmung.

Antrag A25, Fehlerkorrektur SSK: Reduktion des Globalkredits um CHF 30'000.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mit 59:0 bei 0 Enthaltungen angenommen.

PG Arbeitsintegration: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Spitex: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Alterszentren: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Beiträge an Organisationen: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.
Damit ist das Departement Soziales fertig beraten.

ENTWURF

Departement Technische Betriebe

PG Stadtwerk Winterthur: Hier sind die Anträge A26 – A29, eher formeller Natur, angemeldet. Präsentiert werden sie für die SBK von Julius Praetorius.

J. Praetorius (SBK): Es ist ein Input, der von Stadtwerk selbst kommt. Es geht darum, dass sämtliche noch nicht bewilligten Kredite als «nicht gebunden» zu deklarieren sind und die Kredite dem Volk unterbreitet werden.

Der Hintergrund ist, dass bei der Erweiterung ARA Hard ohnehin eine Volksabstimmung vorgesehen ist (was für eine Streichung des Gebundenheitszeichens spricht), andererseits bei diesem Grossprojekt in jedem Fall ein erheblicher Teil auch gebunden sein wird (z. B. aufgrund gesetzlicher Vorgaben), so dass gebundene und ungebundene Kreditteile vorhanden sind. Der Antrag wurde einstimmig in der Kommission angenommen.

Parlamentspräsident F. Helg: Ich sehe, da wird keine Diskussion gewünscht. Wünscht der zuständige Stadtrat Stefan Fritschi noch das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Es ist vorgesehen, dass die Anträge A26 – A29, die zusammenhängen, mit der Änderung des Bewilligungsorgans gesamthaft zur Abstimmung kommen.

Antrag A26 – A29, SBK: Bei den Krediten, die als «gebunden» deklariert sind, ist das Bewilligungsorgan anzupassen. Der Kredit soll dem Volk vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: Die Anträge werden mit 59:0 bei 0 Enthaltungen angenommen.

Damit ist diese Produktegruppe auch abgeschlossen.

PG Öffentliche Beleuchtung: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Stadtbus Winterthur: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG FinöV Stadt: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Stadtgrün Winterthur: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

Damit ist das Departement Technische Betriebe abgeschlossen.

Behörden und Stadtkanzlei

PG Stadtrat: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Schulpflege: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Stadtparlament: Dazu spricht Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (AK): Das Stadtparlament spart bei sich selbst zuerst. In Abstimmung mit der Parlamentsleitung beantragt die Aufsichtskommission, auf die Beschaffung einer Transkriptionssoftware zu verzichten.

Die Begründung ist relativ einfach: Es sind keinerlei Vorteile gegenüber der heutigen Protokollierung zu erwarten – im Gegenteil. Damit würden wir 45'000 Franken sparen, das sind 2.5% des Budgets des Stadtparlaments. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es da weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann beschliessen wir auch das noch formell mit der Abstimmung.

Antrag A30, AK: Reduktion des Globalkredits um CHF 45'000.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mit 59:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Produktegruppe Stadtparlament ist damit abgeschlossen.

ENTWURF

PG Finanzkontrolle: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

PG Ombudsstelle: Da wird Regula Keller noch etwas zum Budget sagen, weil es da eine gewisse Abweichung gibt zu dem, was an sich stimmt.

R. Keller (AK): Eine ganz kurze Bemerkung von mir: Bei der Trennung der Produktegruppe Ombudsstelle und Datenschutzstelle in zwei verschiedene Produktegruppen ist ein Schreibfehler passiert, oder jedenfalls irgendein Fehler, so dass man bei den Stellenwerten 1.48 Stellenwerte budgetiert hat. Richtig ist aber 1.68. Und es gibt beim Datenschutz eine entsprechende Anpassung, denn dort sind diese 20 Stellenprozente zu viel budgetiert. Es gibt also einfach eine Verschiebung von 20 Stellenprozenten von der Datenschutz- in die Ombudsstelle.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank für diese Klärung. Ich gehe davon aus, dass das in der definitiven Fassung des Budgets entsprechend nachgetragen ist. Keine Anträge oder weiteren Bemerkungen, so genehmigt.

PG Datenschutzstelle: Hier nehmen wir die Korrektur auch zur Kenntnis, welche Du, Regula, schon ausgeführt hast. Und dann gibt es hier noch zusätzlich einen Antrag der Kommission. Bitte nochmals Regula Keller.

R. Keller (AK): Es gibt noch einen Fehler zu korrigieren. Und zwar gibt es einen Antrag der Aufsichtskommission zur Erhöhung des Globalkredits um 9'000 Franken. Im Budgetbuch B bei den Sachkosten gibt es einen Tippfehler. Statt von einem Soll von 29'200 Franken rechnete man von einem Soll von 20'200 Franken aus und reduzierte das Budget um 4'524 Franken, von eben 20'200 Franken aus und nicht von 29'200 Franken, was eigentlich korrekt gewesen wäre. Die Erhöhung um 9'000 Franken kompensiert diesen Fehler und entspricht der Kürzung von 4'524 Franken, die man beabsichtigt hatte. Es geht auch da eigentlich um die Korrektur eines Tipp- oder Schreibfehlers.

Parlamentspräsident F. Helg: Dazu gibt es keine weiteren Bemerkungen. Formell ist da aufgeführt das erhöhte Quorum, weil der Globalkredit erhöht wird. Man kann sich natürlich fragen, ob wenn der Antrag darauf beruht, dass ein Fehler passiert ist in der Budgetierung, das überhaupt ein erhöhtes Quorum auslösen kann – aber ich glaube, das ist obsolet. Wir können zur Abstimmung schreiten.

Antrag A31 («erhöhtes Quorum»), AK: Erhöhung des Globalkredits um CHF 9'000.

Abstimmungsresultat: Der Antrag wird mit 59:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig angenommen. Vielleicht noch eine Ergänzung: Es ist nicht ein Fehler durch die Verantwortlichen dieser Stellen (die Ombudsfrau oder den Datenschutzbeauftragten), sondern der Fehler ist verwaltungsintern passiert.

PG Stadtkanzlei: Keine Anträge oder Bemerkungen, so genehmigt.

Damit ist der Teil B in der Detailberatung fast fertig beraten.

Damit kommen wir als letztes noch zur Produktegruppe Steuern und Finanzausgleich. Es wurde ein Antrag angekündigt auf Steuererhöhung. Ich bitte den Vertreter dieses Antrags, diesen jetzt zu begründen. Das ist Michael Zundel.

M. Zundel (Grüne/AL): Das ist jetzt sozusagen der Gegenantrag zum Kürzungsantrag von 7 Millionen bei den städtischen Allgemeynkosten. Leider kennen wir alle hier drinnen bereits das Resultat von diesen beiden Anträgen. Trotzdem möchte ich unseren noch kurz begründen. Auf allen Ebenen des Staates hört man immer wieder die gleiche Leier: Wir müssen sparen und haben kein Geld. Das in einem der reichsten Länder der Welt zu hören, irritiert schon ein bisschen.

ENTWURF

Wir haben es schon öfters gehört in dieser Debatte: Die Stadt steht vor grossen Herausforderungen und die kommenden Investitionskosten sind hoch. Mit dem Zuzug von jungen Familien steigt der Bedarf an Schulraum und familienexterner Betreuung für die stetig steigende Anzahl von Schülerinnen und Schülern. Ein solcher Zuwachs aufgrund der hohen Attraktivität der Stadt Winterthur ist ein deutliches Zeichen, dass sich die Strategie von einem hohen Lebensstandard mit zufriedenen und engagierten Einwohner:innen ausbezahlt.

Die links-grüne Sozialpolitik ist nicht der Grund für die steigende Belastung von eben diesen Familien. Es ist die vermeintliche Sparpolitik von bürgerlicher Seite auf den Ebenen Bund und Kanton, die den Geldbeutel entleert. Gespart wird bei den dringlich notwendigen Sozialleistungen und das Geld bleibt in den grossen Taschen von Wenigen.

Mit diesem Antrag wollen wir Alternativen aufzeigen und Kostenwahrheit schaffen. Anstelle von immer nur Kürzungen bei der Ausgabenseite müssen wir auch einmal die Einnahmenseite thematisieren. Wenn die Bürgerlichen mit ihrer Mehrheit auf allen Ebenen immer nur Sparpakete verteilen, fällt früher oder später die Last auf die tragende Einheit: Die Kommune. Oder eben deren Mittelschicht.

Zu guter Letzt wäre mit dem Antrag auf Steuererhöhung um 2% vielleicht sogar ein nachhaltiger Abbau der Schuldenlast möglich.

Parlamentspräsident F. Helg: Nochmals zur Verortung: Wir sind bei Antrag A7 auf Seite 5 des Drehbuchs. Bei dieser Produktgruppe würde es dann darum gehen, sowohl die Zahl zu ändern wie auch die parlamentarische Zielvorgabe, die momentan auf 125% ist und dann auf 127% geändert werden müsste.

Das Wort zu diesem Antrag ist jetzt bei Iris Kuster (Die Mitte/EDU).

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Ich möchte zuerst einfach entgegnen: Wir sind noch weit entfernt vom Sparen. Wir haben immer noch ein Wachstum der Kosten. Wir sparen nicht, wir geben weniger mehr aus.

Tja, liebe Grüne/AL: ich weiss gar nicht, was Euch grundsätzlich geritten hat, diesen Antrag sozu stellen. Euch beunruhigt die Entwicklung der Steuerkraft in Winterthur, die im 2023 um 113 Franken gesunken ist, während sie im ganzen Kanton um 89 Franken gestiegen ist, wohl überhaupt nicht. Wollt Ihr wirklich allen Steuerzahlenden von Winterthur nochmals Kaufkraft wegnehmen durch höhere Steuern und wollt Ihr noch die letzten guten Steuerzahlenden aus Winterthur vertreiben? Wir von der Mitte/EDU wollen nicht, dass noch mehr Leute mit den Füßen abstimmen und wegziehen und lehnen den Antrag klar ab.

F. Kramer (EVP): Da der Antrag auf Steuererhöhung wohl eine Antwort auf die Kürzungsanträge ist: Wir haben Freude an unserer Stadt und wollen gerne in die nötige Infrastruktur investieren. Es soll genügend Geld vorhanden sein für das, was wichtig ist. Dazu gehören ganz vorne das Klima und z. B. auch die geflüchteten Menschen, die letzten Montag erwähnt wurden.

Dazu müssen wir Prioritäten bei den Ausgaben setzen. Das haben wir mit diesem Budget gemacht. Wir haben z. B. fast dem gesamten Stellenaufbau – mehr als 120 Stellen – zugestimmt. Dafür wollen wir bei den eingekauften Leistungen, den Dienstleistungen Dritter und den Honoraren, weniger ausgeben. Es gibt Sparpotenzial, ohne bei den auch uns sehr wichtigen Anliegen Abstriche zu machen. Davon sind wir überzeugt.

Wir möchten ein ausgeglichenes Betriebsergebnis, weil das Finanzergebnis sehr schwer zu steuern ist. Dafür die Kürzung von 7 Millionen. Wir sagen nicht, wir seien mit der Globalkürzung am Idealziel von WoV angekommen. Wir sagen aber, dass sie legal und legitim ist. Es ist klar, dass wir nächstes Jahr an WoV arbeiten möchten, um künftig besser steuern zu können.

Schön am Steuererhöhungsantrag finden wir, dass sich alle Fraktionen (wir gehen einmal davon aus, dass die SP der Steuererhöhung auch zustimmen wird) im Ziel einig sind: Wir müssen ein Plus budgetieren, um die Infrastruktur der Stadt finanzieren zu können. Den Weg

ENTWURF

dazu sehen wir aber nicht in einer Steuererhöhung bei den ordentlichen Steuern. Als EVP setzen wir uns für einen konstanten Steuerfuss ein.

Wir haben den Vorwurf gehört, mit dem Globalkürzungsantrag hätten wir es uns zu einfach gemacht. Das wage ich zu bestreiten. Olivia hat letztes Mal vorgerechnet, wie viele Stunden ins Budget geflossen sind. Wir von der EVP haben pro Person wahrscheinlich eher noch ein paar Stunden mehr aufgewendet. Gerne gebe ich den Ball deshalb zurück: Wenn das Geld nicht mehr reicht, macht Ihr einfach einen Antrag auf Steuererhöhung. Ihr macht es Euch doch sehr einfach. Und das auf dem Buckel der Bevölkerung. Genau die Bevölkerung, für die Ihr Euch doch auch einsetzen wollt. Genau auch jene, welche den Franken ohnehin schon dreimal umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben. Wir glauben, dass eine Steuererhöhung genau auch jene Menschen trifft, für die wir uns mit unserer Politik einsetzen wollen.

Eine Steuerfusserhöhung ist nicht zuletzt einfach ineffizient. Nur 20% der Einnahmen können mit den ordentlichen Steuern generiert werden. Die Aussage der SP von letztem Montag, die ordentliche Steuer sei der Preis für die Leistungen der Stadt, ist falsch. 80% der städtischen Leistungen sind anders finanziert. Eine Steuerung der Stadtfinanzen über den Steuerfuss ist eine Illusion. Der Preis für eine Steuererhöhung ist hoch für die Leute und bewirkt wenig. Wir von der EVP lehnen die Steuererhöhung ab.

Andy hat letztes Mal gesagt, wir müssten auch die Einnahmenseite anschauen, Michael hat es vorhin auch erwähnt. Wir stimmen den Grünen darin zu. Zum Beispiel bei den Preisen für Auswärtige, das habe ich letztes Mal gesagt. Wir teilen auch die Meinung, dass es nicht geht, dass der Kanton 1. Leistungen beschliesst, 2. dann sagt, dass die Gemeinden diese Leistungen finanzieren müssen und dann 3. noch laut mit dem Gedanken spielt, z. B. die Grundstückgewinnsteuern selbst einzusacken. Das stand gerade heute im Brief des Gemeindeamts. Der Kanton legt den Gemeinden nicht nur neue Ausgaben auf, sondern schmälert auch noch die Einnahmenseite. Das ist nicht in Ordnung. Gerne stellen wir uns an die Seite des Stadtrates, wenn er sich dagegen wehren möchte.

Als EVP hätten wir auch mitgemacht bei einem Behördenreferendum des Parlaments gegen die Gewinnsteuersenkung des Kantons. Dass das nicht zu Stande gekommen ist, liegt nicht an der EVP. Auch da gebe ich den Ball gerne an die Grünen zurück.

Wir nehmen unsere Aufgabe als Volksvertreterinnen und Volksvertreter ernst – gerade auch von den nicht so gut situierten Menschen – und wir lehnen deshalb eine Erhöhung des Steuerfusses ab.

M. Sorgo (SP): Ich war ja letzte Woche leider krankheitshalber nicht anwesend, konnte aber aus den vorhergehenden Voten auch schon heute heraushören, dass die SP vielleicht doch bei den einen oder anderen einen Nerv getroffen hat mit gewissen Aussagen. Es ist auch spannend, wie man «Sparen» sehr wortreich umschreiben kann, damit man es nicht «Sparen» nennen muss. Und dass man hier drinnen auch schon weiss, was die SP machen wird, wenn es um den Steuerfuss geht.

Ich werde es nochmals sagen, auch wenn uns das schon in Abrede gestellt worden ist: Der Steuerfuss hat halt trotzdem auch etwas mit den Leistungen zu tun, die wir im Parlament oder auch das Stimmvolk während dem Jahr beim Stadtrat bestellen. Als aktuelles Beispiel vielleicht das 2. Hallenbad, das doch eine grosse Mehrheit der Stimmbevölkerung und auch hier im Parlament gewünscht hat.

Wir haben aber dieses Jahr darauf verzichtet, weil es einen budgetierten Einnahmenüberschuss gibt. Deshalb haben wir keinen Antrag auf Steuererhöhung oder zur Erhöhung des Steuerfusses gestellt. Dieser Antrag liegt jetzt aber trotzdem vor. Wir haben es gehört, die Grünen/AL haben ihn aus nachvollziehbaren Gründen jetzt doch ins Spiel gebracht.

Weil in den nächsten Jahren grosse Herausforderungen auf uns zukommen werden und wir auch auf der Einnahmenseite reagieren werden müssen, wird ein Teil der Fraktion diesem Antrag heute auch zustimmen. Wir haben aber insgesamt Stimmfreigabe beschlossen zum heutigen Zeitpunkt bei diesem Thema.

Ich möchte aber doch noch einmal bekräftigen (ich weiss, dass das meine Kolleginnen und Kollegen auch am letzten Montag schon einige Male gesagt haben): Die finanzielle Lage in

ENTWURF

Winterthur und die Schwierigkeiten, die wir haben bzw. die auf uns zukommen werden, sind zum grössten Teil nicht hausgemacht. Ihr wisst genau, dass in den letzten Jahren viele Entscheide auf Ebene Bund und auf Ebene Kanton zu Steuerausfällen geführt haben in Winterthur. Es sind weitere solche Massnahmen geplant, sei es mit der nächsten Anpassung des Steuergesetzes, das dann v. a. für die juristischen Personen deutliche Steuerreduktionen beinhalten wird, oder auch von den Sparpaketen des Bundes, die angekündigt worden sind und auch zusätzliche finanzielle Aufgaben auf die Gemeinden abschieben werden.

Und deshalb sage ich es jetzt auch nochmals, auch wenn ich weiss, dass wir das schon einige Male gesagt haben und da im Moment noch auf ziemlich taube Ohren stossen: Es braucht im Kanton in verschiedenen Bereichen eine fairere und gerechtere Lastenverteilung, ob es da z. B. um die Bildung geht oder um die Pflegefinanzierung. Und wenn wir es nicht schaffen, da als Winterthurerinnen und Winterthurer auch fraktionsübergreifend zusammenzustehen und uns dafür einzusetzen, dann werden wir – davon gehe ich aus und wage es, eine Prognose zu machen, wie das auch schon meine Vorredner:innen gemacht haben – da auch im nächsten und wahrscheinlich auch übernächsten Jahr wieder um eine Steuerfusserhöhung diskutieren. Vielleicht sind die Argumente dann anders – ich wage es aber zu bezweifeln. Vielen Dank.

S. Kocher (GLP): Wie in den vergangenen Jahren unterstützen wir keine kurzfristigen Steuerfussprünge.

Die GLP ist weiterhin der Überzeugung, dass ein stabiler und verlässlicher Steuerfuss für Einwohnende sowie für alle Unternehmen wichtig für ihre Planungssicherheit ist. Alles andere würde wohl eher die Attraktivität von Winterthur als Wohn- und Wirtschaftsstandort negativ beeinflussen. Der Antrag von den Grünen/AL, den Steuerfuss zu erhöhen, steht im Widerspruch zu diesem Prinzip und ist aus unserer Sicht der falsche Weg.

Ein Steuerfuss sollte nicht zu einem kurzfristigen Steuerungsinstrument für Budgetkorrekturen degradiert werden. Es ist unsere Verantwortung, ein nachhaltiges und ausgewogenes Budget zu schaffen, das nicht von Jahr zu Jahr durch Steuerfussanpassungen ins Gleichgewicht gebracht werden muss.

Zweitens: Eine Steuererhöhung mag vielleicht kurzfristig Spielraum schaffen, ist aber langfristig weder nachhaltig noch zukunftsorientiert. Und wir dürfen nicht vergessen, dass steigende Steuern alle Einwohnenden zusätzlich belasten, gerade in Zeiten, in denen die Lebenshaltungskosten bereits spürbar erhöht worden sind.

Ja, Winterthur steht vor finanziellen Herausforderungen, das ist unbestritten. Doch diese lassen sich nicht durch eine Erhöhung der Einnahmen lösen, sondern durch eine effiziente Priorisierung von unseren Ausgaben.

Darum sagen wir Nein zu diesem Antrag.

R. Tobler (FDP): Ja, ich kann mich da, um es in den Worten von Kaspar zu sagen, wieder ausdrücken wie Herr Somm das macht. Ich würde sagen, das ist ein absurder Antrag, der die finanzielle Verantwortung von uns, dem Parlament, einfach weiterschiebt und sagt, wir nehmen der Bevölkerung weiterhin aus der Tasche.

Grundsätzlich könnte man sagen, wir finden die Idee hinter dem Antrag eigentlich sensationell, nämlich dass man auf der Einnahmenseite arbeiten will. Das versucht nämlich jede normale Organisation so zu machen, mit mehr Einnahmen und nicht bei den Ausgaben. In unserem Fall hätten wir dort nämlich einen mega schlaunen Hebel, wir könnten nämlich dafür sorgen, dass wir mehr Firmen hätten in Winterthur. Ich glaube, das hat der Stadtrat unterdessen auch erkannt. Oder auch mehr wohlhabende Personen da in Winterthur, die dann entsprechend die Steuereinnahmen erhöhen würden.

Und da passt das eigentlich gut, was Du vorhin gesagt hast, Michael, mit den Grossen und den Reichen. Bei den Reichen muss man einfach anfügen, dass das diejenigen sind, die sonst schon alles bezahlen. Egal, welche Statistiken Du anschaut, sowohl bei den Steuereinnahmen wie bei der AHV usw. – die paar Wenigen, die Du genannt hast, sind diejenigen, die sonst schon immer alles zahlen.

ENTWURF

Und auf der anderen Seite ist es aber eben so, dass wir in der Stadt Winterthur nicht nur ein Einnahmenproblem haben beim Steuerertrag, sondern wir haben hier in Winterthur auch ein riesiges Ausgabenproblem. So hat es André Silberschmid ganz schön auf Bundesebene auch schon gesagt: «Es ist nicht ein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem.» Und das ist, so glaube ich, etwas Wichtiges. Es ist ein strukturelles Problem. Und da sage ich fast ein Unwort, das ich ganz schwierig mit der linken Ratsseite in Verbindung bringen kann: Das ist das Wort «Sparen». Das ist wie etwas, wo ich mich manchmal frage, ob da nicht alle wissen, was es heisst. «Sparen» heisst nämlich «Geld nicht ausgeben». Ich habe das Gefühl, das ist der einen oder anderen Person nicht ganz bekannt. Und ich glaube auch, für den Landboten ist das wichtig, das zu notieren: Wir sparen da nämlich nicht, sondern wir geben einfach weniger viel Geld aus. Wenn man anschaut, wie viel Geld wir im letzten Jahr, in diesem Jahr und auch in den Jahren vorher ausgegeben haben: Wir geben massiv mehr Geld aus, es geht nicht ums Sparen. Sondern wir geben wirklich massiv mehr aus, wir geben nämlich mehr Geld aus, als wir eigentlich zur Verfügung haben.

Und das Thema mit den reichsten Ländern der Welt, das ist natürlich auch ein absurdes Beispiel. Das ist nämlich deshalb so, weil wir immer gut haushälterisch umgehen mit unserem Geld, nämlich gut arbeiten. Ich habe das Beispiel letztes Mal genannt: Die Stadt Winterthur bezahlt 20 Millionen Schuldzinsen. Das ist Steuergeld, mit dem man (ich habe es gesagt) sehr viel machen könnte. Um es hier noch ein bisschen mehr auszuführen: Frankreich als Land, das eben nicht haushälterisch umgeht mit dem Geld, bezahlt 60 Milliarden Schuldzinsen pro Jahr. Das muss man sich einmal vorstellen, was das für eine Zahl ist! Das ist ja absurd.

Und deshalb sind wir sehr froh, dass wir da etwas zustande bringen, mit dem wir auf der einen Seite weniger in diese Schuldenfalle hineinlaufen. Und bei dem Steuersatz, bei dem zu sagen ist: Wenn die Stadt wächst, dann wächst sie im Idealfall so, dass auch der Steuerertrag steigt. Das ist leider in Winterthur nicht immer der Fall. Und der Zuzug von Leuten nach Winterthur, dass das dann die Ausrede ist, dass wir immer noch mehr Geld ausgeben müssen, das ist natürlich falsch, denn idealerweise hätten wir ja sogar gewisse Skaleneffekte ab einer gewissen Grösse und könnten so dafür sorgen, dass wir auch Leute in die Stadt nehmen, die auch genügend Steuern zahlen. Das wäre dann ja eigentlich der Idealfall, den wir da hätten.

Und dann ist natürlich das Thema, wenn man das ernstnehmen würde (das werden wir auch nachher nochmals hören): Man würde sich besser überlegen, wo man effizienter werden kann, wo man besser priorisieren kann, weil man in einer solchen finanziellen Lage, wie wir sie jetzt haben, einfach nicht mehr alles machen können und hoffentlich auch nicht alles machen wollen.

Und aus diesem Grund werden wir den Antrag natürlich entsprechend ablehnen.

Stadtrat K. Bopp: Ich mache es einigermaßen kurz. Sie haben es mitbekommen: Der Stadtrat hat ein Budget vorgeschlagen, das 10 Millionen Ertragsüberschuss beinhaltet. Ein gutes Budget. Aus unserer Sicht rechtfertigt das weder eine Steuererhöhung noch eine undifferenzierte pauschale Kürzung. Von daher sind wir nach wie vor der Meinung, das Budget, das wir präsentiert haben, ist ein sehr gutes Budget, das man ohne weiteres so verabschieden könnte. Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann kommen wir zur Abstimmung.

Antrag A7, Grüne/AL: Der Steuerfuss der ordentlichen Gemeindesteuern wird auf 127 Prozent (2024: 125 %) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (24 Franken pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mit 18:38 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Es bleibt also beim Steuerfuss 125%.

Damit ist diese Produktgruppe auch behandelt und damit das Teil B fertig beraten.

ENTWURF

Ich frage noch in die Runde, ob es zu anderen Budgetteilen, insbesondere zum Teil A noch Fragen oder Bemerkungen gibt? Die Investitionskredite aus dem Teil A haben wir ja mit dem Teil B schon mitbehandelt und diskutiert. - Das ist nicht der Fall.

In die Schlussrunde steigen wir nach der Nachtessenspause ein, es macht keinen Sinn, das jetzt noch zu starten und dann zu unterbrechen. Das wäre dann noch der letzte Teil des Budgets. Zuerst die Begründung der Anträge, die es gibt, dann die Schlussdebatte und dann die Abstimmung zu den Beschlussanträgen.

Ich wünsche allen guten Appetit, wir treffen uns wieder um 20 Uhr.

Nachtessenspause.

Parlamentspräsident F. Helg: Ich begrüsse alle zur Abendsitzung, in der wir die Budgetberatung weiterführen und dann auch zu Ende führen wollen. Wir haben vor der Pause noch Teil B behandelt, zum Teil A gab es keine Bemerkungen.

Ich kann nochmals den genauen Saldo nennen, den ich von der Delegation des Finanzamts gemeldet bekommen habe: Das Budget ist jetzt gegenüber dem Stadtrat verbessert worden um 8.866 Millionen Franken.

Wir kommen jetzt noch zur Schlussdebatte. Bereits angekündigt sind zwei Anträge, der eine zum FAP und der andere zum Entzug der aufschiebenden Wirkung. Mit den entsprechenden Votanten ist vereinbart, dass diese beiden zuerst diese Anträge stellen und anschliessend ist das Wort frei für eine Generaldebatte zum Budgetresultat von heute Abend.

In diesem Sinn gebe ich zuerst das Wort Raphael Tobler (FDP) für seinen Antrag zum FAP.

R. Tobler (FDP): Ich halte es kurz, es ist ja das Meiste schon gesagt, damit ich den Linken nicht noch mehr auf den Wecker gehe. Man muss auch gar nicht viel mehr sagen, wir haben es ja schon oft besprochen und wissen eigentlich, was das Problem ist. Das Problem ist unsere schlechte finanzielle Planung, die wir haben. Was natürlich immer für das nächste Jahr ein bisschen schwieriger ist, aber gerade im Ausblick ist es eigentlich noch viel mehr besorgniserregender.

Kaspar hat es gesagt: Wir machen zwar dieses Jahr so, wie er es gesagt hat, einen positiven Abschluss – dank uns machen wir jetzt tatsächlich einen positiven Abschluss oder zumindest ein Null. Wenn man aber auf die nächsten Jahre hinschaut, dann ist ja geplant, dass wir 2026, 2027 und 2028 fast 100 Millionen Minus machen.

Man muss sich das also vorstellen: Wir sind in einer Organisation, die einen ein bisschen maroden Zustand hat, die nicht mehr wahnsinnig gut ist in der finanziellen Situation. Und dann kann man vielleicht sagen, okay, die nächsten 1-2 Jahre müssen wir irgendeine knappe Lösung finden. Aber dass wir sogar so weit planen, dass wir in den nächsten Jahren noch viel mehr Minus machen, das ist natürlich noch viel besorgniserregender.

Die fast 100 Millionen, die wir in den nächsten drei Jahren (2026, 2027, 2028) als Defizit haben und das heute schon wissen, weil das im FAP so geplant ist, das ist natürlich besorgniserregend. Deshalb stellen wir einen Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme des FAP. Vielen Dank.

F. Kramer (EVP): Die EVP stellt den Antrag, dass der Stadtratsantrag zur Budgetweisung mit einer Ziffer 6 ergänzt wird, die wie folgt lautet: «Einem Rekurs oder einem Rekurs in Stimmrechtssachen wird die aufschiebende Wirkung entzogen.»

Wir machten das auch schon, und zwar im Februar 2021, als wir das Budget sehr spät festsetzten. Damals stellt der Stadtrat selbst den Antrag dazu. Der Stadtrat hat bereits erwähnt, dass er ein Rechtsmittel oder einen Rechtsbehelf gegen das Budget in Erwägung zieht. Ich

ENTWURF

hoffe nicht, dass er das macht, und seine Zeit dafür lieber mit uns zusammen dafür investiert, den Budgetprozess zu überarbeiten.

Wie ich bereits gesagt habe, ist es der EVP aber sehr wichtig, dass wir für die Stadt am 1. Januar auf jeden Fall ein rechtswirksames Budget haben. Gäbe es einen Rekurs gegen unser Budget, wäre das in Frage gestellt. Ein Notbudget, lieber Landbote, möchten wir verhindern. Deshalb stellen wir den Antrag, dass einem allfälligen Rekurs die aufschiebende Wirkung entzogen würde. Gemäss Verwaltungsrechtspflegegesetz kann die anordnende Instanz (also das Parlament) die aufschiebende Wirkung aus besonderen Gründen entziehen. Wir haben das nicht als Standardklausel im Budget drin, weil der Entzug die Ausnahme darstellen soll. Es rechtfertigt sich aber, wenn - wie heute - über die Rechtmässigkeit einer politischen Handlung diskutiert worden ist. Gleichzeitig würde es für die Stadt klar einen schweren Nachteil bedeuten, wenn sie per 1. Januar kein Budget hätte – oder nur ein Notbudget. Die Stadtverwaltung muss mit dem Budget arbeiten können. Auch die Erhebung der Steuern ist an die Rechtswirksamkeit des Budgets gebunden. Wir hoffen deshalb auf Unterstützung des Antrages.

B. Helbling (SP): Ich nehme an, ich mache jetzt das Schlussvotum, sehe ich das richtig? Die Pauschalkürzungen im vorliegenden Budget lehnen wir immer noch ab, Ihr habt es ja schon letztes Mal gehört. Das von einer Mehrheit dieses Parlaments gewählte Vorgehen ist für uns verantwortungslos und es ist kurzsichtig. Und dafür gibt es einige Gründe: Wir sitzen hier in diesem Parlament, weil wir vom Volk als Vertretung gewählt wurden. Wir haben es letztes Mal schon gehört: Es ist unsere Aufgabe, das Budget der Departemente und Produktegruppen zu studieren und sich die nötigen Informationen zu beschaffen. Und es wäre auch unsere Aufgabe, auf diesen Grundlagen Anträge für mehr oder weniger Ausgaben im Budget zu stellen, und zwar bei den einzelnen Produktegruppen. Mit dem Vorschlag der pauschalen Budgetkürzung bei den städtischen Allgemeynkosten delegiert das Parlament nun diese Verantwortung an den Stadtrat, und zwar mit der Argumentation, dass dieser doch am besten wisse, wo man sparen könne. Mit dieser Aussage erklärt sich eine Mehrheit des Parlaments als inkompetent, den Auftrag zu erfüllen, für den sie gewählt worden ist. Und die Mehrheit nimmt sich ganz einfach aus der Verantwortung. Und das ist ja auch nicht ehrlich, denn wir haben jetzt bei den meisten Produktegruppen während der Budgetberatung überhaupt nichts geändert. Verabschieden wir damit nicht ein Budget, das Leistungen beinhaltet, bei der eine Mehrheit hier drinnen der Meinung ist, dass dafür das Geld fehlt?

Und der Antrag suggeriert auch, dass Geld irgendwo nutzlos ausgegeben wird und die Stadträte oder die Verwaltung eigentlich schon wissen, wo diese nutzlosen Ausgaben gekürzt werden können. Auch wenn es immer wieder gesagt wird: Es wird einfach nicht wahrer.

Es wird nämlich nicht estimiert, dass während der Budgetierung in der Verwaltung in wahrscheinlich mancher Produktegruppe das Budget nicht einfach so eingestellt werden kann wie vielleicht gewünscht und sogar vielleicht gebraucht, sondern schon dort mussten wahrscheinlich einige Sparmassnahmen vorgenommen werden.

Und ich sage es nochmals: Wir hatten grundsätzlich einen Einnahmenüberschuss von 10 Millionen budgetiert gehabt. Viele Kosten der Stadt sind nicht beeinflussbar, das wisst Ihr genauso gut wie wir. Es ist also absehbar, dass Leistungen gekürzt werden müssen, welche die Bevölkerung schmerzen werden. Was wird passieren, wenn der Stadtrat den Auftrag der obersiegenden Parlamentsmehrheit umsetzt und Aufgaben kürzt, welche zu einem Aufschrei in der Bevölkerung führen? Werden wir dann hören, dass es eben dort so nicht gedacht war und genau diese Kürzung nicht hätte passieren sollen?

Es ist in diesen Wochen immer wieder behauptet worden, dass die schwierigen finanziellen Aussichten der Stadt einzig und allein aufgrund am schlechten Finanzmanagement der Stadtregierung liegen würden. Liebe Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Seite und von der Mitte, Ihr wisst doch genau so gut wie wir, dass die Zukunftsaussichten vor allem deshalb so schwierig sind, weil es auf der einen Seite in einer wachsenden Stadt naturgemäss viele Investitionen braucht - nicht nur in den Erhalt, sondern auch in den Ausbau der Infrastruktur.

ENTWURF

Dazu kommen weitere Herausforderungen, wir wissen es alle: Die Energiewende. Die geplanten Mindereinnahmen in Millionenhöhe auf kantonaler Ebene erwähne ich schon gar nicht mehr. Dass der Bund mit seinem Sparprogramm plant, weitere finanzielle Aufgaben an die Gemeinden zu delegieren, was die Kosten noch zusätzlich in die Höhe treiben wird, haben wir von anderer Seite bereits gehört.

Wir bräuchten im Parlament deshalb ein Zusammenstehen. Ein Zusammenstehen für eine fairere Lastenverteilung zugunsten der Gemeinden, wir bräuchten aber auch die Offenheit hier im Parlament, nicht immer nur die Ausgabenseite sondern auch die Einnahmenseite anzuschauen. Wir bräuchten aber zumindest die Ehrlichkeit derjenigen, welche Leistungskürzungen wollen, dass sie auch dazu stehen, wo diese Leistungen gekürzt werden sollen.

Das Parlament hat der Pauschalkürzung in der Mehrheit zugestimmt. Die SP-Fraktion wird das Budget, beziehungsweise die Ziffern 1 und 2 im stadträtlichen Antrag, die von dieser Kürzung betroffen sind, ablehnen. Wer sagt, dass er sparen will, soll sagen, wo genau gespart werden soll. Die Bevölkerung muss über die Folgen der Sparübungen im Parlament Bescheid wissen.

Die Ziffern 3, 4 und 5 werden wir annehmen. Und wir werden den Zusatz bei der Schlussabstimmung ablehnen.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Wir von der Mitte/EDU nehmen das Budget mit den angenommenen Anträgen an und wie bereits letzten Montag angekündigt, nehmen wir den FAP negativ zur Kenntnis.

Dem Antrag der EVP zu Ziffer 6 stimmen wir zu. Damit zeigen wir klar auf, dass wir weiterhin an einer guten Zusammenarbeit mit dem Stadtrat, der Verwaltung und dem Finanzamt interessiert sind und diese auch wollen. Und uns aber auch ein gültiges Budget wichtig ist.

Noch ein paar Bemerkungen zur aktuellen Budgetbehandlung:

Der von der SP geäußerte Vorwurf der Arbeitsverweigerung im Zusammenhang mit der Budgetdiskussion von letzter Woche finden wir dreist, um nicht zu sagen frech.

Die Winterthurerinnen und Winterthurer erwarten ein ausgeglichenes operatives Budget und kein Wirtschaften auf Pump. Wir wollen auch nicht, dass den Bürgerinnen und Bürger wegen höheren Steuern und Abgaben immer weniger Netto vom Brutto übrigbleibt.

Und wie bereits mehrfach ausgeführt: Das operative Resultat des Stadtrat-Budgets sieht ein negatives operatives Ergebnis von minus 8.6 Millionen vor. Also muss doch überlegt werden, wie das Defizit reduziert werden kann. Nach zahlreichen Jahren Tätigkeit in der Aufsichtskommission und vielen Stunden des Studiums der Budgets und Rechnungsabschlüsse in den letzten neun Jahren habe ich in der Zwischenzeit ein recht gutes Verständnis über den Budgetprozess in Winterthur. Ich habe auch schon oft in diesem Rahmen hier drinnen auf die Notwendigkeit von Verbesserungen oder die Handhabung des WoV hingewiesen.

Mit unserem Antrag der Kürzung des Globalkredits bei der Produktegruppe Städtische Allgemekosten ermöglichen wir, dass einerseits das Knowhow der Verwaltung genutzt wird und andererseits das Gärtli-Denken innerhalb der einzelnen Produktgruppen und Departemente aufgebrochen wird und ganzheitlich über alle Verwaltungseinheiten hinweg gedacht und gehandelt wird.

Wir regen bewusst an: Einerseits die Reduktion der externen Beratungskosten sowie Dienstleistungen Dritter und zweitens eine Effizienzsteigerung durch eine Zentralisierung von Aufgaben und Stellen in den Bereichen Kommunikation, Liegenschaftsbewirtschaftung und der Beschaffung von IT-Applikationen. Der Wille der Mehrheit des Parlaments ist sehr klar und eindeutig. Wir können noch nachvollziehen, dass sich die Freude des Stadtrats über diesen Auftrag des Stadtparlaments in Grenzen hält, aber sich der Aufgabe einfach zu entziehen, indem man behauptet, der Antrag sei rechtlich unzulässig und rechtliche Schritte in Erwägung zieht, das ist die falsche Strategie. Auch mit einem allfälligen Gerichtsurteil geht das Defizit von 8.6 Millionen im operativen Bereich der Stadt nicht weg und wir fragen uns schon:

Möchte Kaspar Bopp als Finanzminister wirklich in die Geschichte eingehen, der lieber Prozesse führt anstatt für ein ausgeglichenes operatives Budget zu sorgen? Danke.

ENTWURF

Ch. Hartmann (SVP): Ich habe abgewartet, was die andere Ratsseite sonst noch meint, an was wir alles potenziell schuld sind, damit ich auf das antworten kann.

Das Budget, wir haben es schon oft gehört, das der Stadtrat vorlegt, sieht ein Defizit aus betrieblicher Tätigkeit von gut 8.5 Millionen vor. Und es ist nur positiv, weil wir ein an und für sich sehr erfreuliches, aber in keiner Art und Weise garantiertes Finanzierungsergebnis geplant haben. Die SVP dankt der Aufsichtskommission für die Anträge, die zu diesem ausgeglichenen Budget geführt haben, und wir haben diesen zugestimmt.

Vielleicht müssen wir doch noch der Legendenbildung vorbeugen, und 1-2 Dinge, die da gesagt wurden, möchte ich noch kommentieren.

Gefühlsmässig haben wir ungefähr die Hälfte aller Stellen in der Stadtverwaltung gestrichen. Also mindestens, wenn man den Voten zuhört. Fakt ist: Wir haben eine einzige Stelle gestrichen. Wir haben statt 5.5 Stellen Erhöhung in der IDW nur 4.5.

Die Frage, wo man genau kürzt, ist wahrscheinlich nicht so eine komplexe Frage, wenn man das Wissen des Stadtrats hat. Wir haben es mehrfach gehört: Dieses Budget ist das Resultat einer harten Priorisierung, von harten Priorisierungsdiskussionen in der Verwaltung, aber auch im Stadtrat. Und jetzt ist es relativ einfach: Jetzt kann ich einfach die letzten 7 Millionen nehmen, die als letzte gerade noch ins Budget gerutscht sind – und diese wieder hinausnehmen. Wenn diese Diskussionen der Priorisierung genauso stattgefunden haben, wie man es uns erzählt hat, dann ist das ein Entscheid von 10 Minuten. Man macht einfach in der Liste der Prioritäten den Schnitt anderswo. Vielleicht haben auch die Diskussionen nicht so stattgefunden – das ist auch möglich.

Wenn man weitersucht, wo man denn etwas finden kann: Ich mache Euch jetzt ein Beispiel. Es ist nicht aus dem Budget, es ist aus der Rechnung. Ein Teil schon ausgegeben, ein Teil noch nicht. Ihr kennt den Spielplatz im inneren Lind. Der ist sanierungsbedürftig, das kostet eine Viertelmillion. Ich finde das schon ziemlich viel, um einen Spielplatz zu sanieren. Aber was ich wirklich stossend finde: Man hat dort die Anwohner einbezogen, man kann Wünsche und Anregungen einbringen, was man auf diesem Spielplatz machen soll. Das finde ich noch nicht stossend. So weit, so gut. Aber so wie ich das in der lokalen Zeitung gelesen habe: Wieso kostet das Tool, in dem man seine Wünsche eingeben kann, 25'000 Franken? Das Metaverse, das ist super cool. Ich habe das probiert, ich habe mich eingeloggt, das ist mir noch gelungen. Ich habe eine Firma im IT-Umfeld, ich kann so etwas. Ich glaube, das können nicht alle. Und wenn man dann dort drin ist, muss man noch irgendwo ein Spielzeug platzieren. Das ist auch nicht wirklich elementar trivial. Neben diesem Tool hat es übrigens noch ein Kontaktformular, in das man auch hineinschreiben kann, was man möchte. Weil man irgendwie schon davon ausgegangen ist, dass dieses Tool nicht funktioniert. Und dieses Tool ist übrigens nicht aus dem Smart City-Kredit bezahlt worden, sondern aus dem operativen Budget der Stadtverwaltung. Und da muss ich jetzt sagen: Das sind mal die ersten 25'000 Franken gefunden. Natürlich, sie sind schon ausgegeben, aber solche Sachen finde ich dann doch irgendwie schwierig. Es geht mir nicht um das Beispiel, aber es geht mir um das Beispiel, wie leicht doch fremdes Geld ausgegeben wird.

Die SVP wird auf der Basis der Anträge der Aufsichtskommission, im Gegensatz zum letzten Jahr, dem Budget 2025 zustimmen.

Wenn man in den Finanzplan hineinschaut, dann sieht dieser einen Anstieg der langfristigen Schulden um 400 Millionen Franken bis Ende 2028 vor. Es ist klar, man hat im Finanz- und Aufgabenplan nicht eine Analysetiefe und eine Budgetierungstiefe, wie das jetzt beim nächstjährigen Budget ist. Aber wenn ich das lese, was ich letztes Jahr gesagt habe: Ich hätte das einfach nochmals vorlesen können. Aus meiner Sicht ist der Finanz- und Aufgabenplan eine Ansammlung von Wünschen. Möglicherweise wohlüberlegten Wünschen, aber Wünschen. Und wenn ich auch etwas wünschen darf: Wir würden uns wünschen, dass sich der Stadtrat und die Verwaltung ein bisschen tiefer damit befassen. Sollte das tatsächlich der Fall sein – was ich nicht ausschliessen möchte -, dann wäre es nicht so, dass ich es erkennen könnte.

ENTWURF

Möglicherweise hat man dort wirklich nicht mehr alles drin, aber es ist nicht wirklich viel Information darüber, was genau das Ringen des Stadtrats ist um Verbesserung des FAP. Und weil wir uns das Engagement dort ein bisschen stärker vorstellen, machen wir dasselbe wie letztes Jahr: Wir lehnen den Finanz- und Aufgabenplan ab.

Wir werden auch dem Antrag der EVP zustimmen, das dünkt uns im Kontext sinnvoll. Und wir werden den übrigen Anträgen auch zustimmen. Danke.

S. Kocher (GLP): Das Budget 2025 mit all den beschlossenen Massnahmen und den ausgetauschten Argumenten von allen Seiten ist ein Spiegel von der Finanzpolitik aus der Vergangenheit. Und wenn man in den Spiegel schaut, so sieht man hinter sich einen grossen Schuldenberg. Aber wenn man dann nach vorne schaut, so sieht man noch einen viel grösseren Schuldenberg respektive Finanzierungslast auf uns zukommen.

Um das zu vermeiden, strebt die GLP und grundsätzlich auch das Stadtparlament ein ausgeglichenes operatives Budget an. Und da ist sich das Parlament interessanterweise ziemlich breit einig. Nur: Die einen wollen es mit Steuerfusserhöhung erreichen, die Mehrheit mit Ausgabenkürzungen.

Es bleibt eben genau unsere Verantwortung, den finanziellen Handlungsspielraum für kommende Generationen zu sichern. Darum unterstützen wir das Budget mit all den Anträgen, wie sie verabschiedet worden sind, inklusive der Kürzung um die 7 Millionen. Mit dieser Kürzung wollen wir den Stadtrat auffordern, noch besser zu priorisieren. Jeder Franken muss dort investiert werden, wo er den grössten Nutzen für Winterthur bringt. Und das vor allem in den zentrale Zukunftsthemen wie Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur.

Der Weg hin zu mehr Effizienz durch Digitalisierung und Nutzen vorhandener Synergien und weg vom reinen Silodenken darf noch viel ausgeprägter vorwärtsgetrieben werden. Das kann der Stadtrat in seiner Führungsverantwortung ab morgen direkt anpacken. Mir sind überzeugt, dass durch die bereichsübergreifende Nutzung von internen Kompetenzen und die Vermeidung von Doppelspurigkeiten nachhaltig Kosten optimiert werden können.

Der mögliche Finanzüberschuss soll zum Schuldenabbau genutzt werden.

Ja, der Stadtrat hat Hausaufgaben bekommen. Aber es sind Aufgaben, die er sowieso machen muss. Lieber jetzt als erst dann, wenn der Handlungsspielraum noch enger ist, als er heute schon ist.

Wir stimmen dem Budget 2025 in allen 6 Punkten zu und werden den FDP-Antrag zur negativen Kenntnisnahme des FAP nicht unterstützen. Besten Dank.

R. Diener (Grüne/AL): Ich möchte mich auch nochmals ganz kurz mit 2-3 Überlegungen an Euch wenden. Ich habe jetzt immer wieder von Eurer Seite, links von mir, gehört: Ja, wir müssen schauen, dass wir ein ausgeglichenes Budget haben; wir müssen schauen, dass wir möglichst verlässliche Situationen haben, auch gegenüber dem Stimmbürger, der Steuern bezahlen muss.

Das ist ja nicht falsch: Nur: Ihr habt vergessen, dass sich die Welt massiv und rapide ändert. Dass sich extrem viel tut. Wir haben Wachstum, wir haben steigende Ansprüche. Niemand von Euch hat diese steigenden Ansprüche in Frage gestellt, Ihr wollt sie auch. Ihr wollt auch, dass es Euren Kindern in der Schule besser geht als früher. Ihr wollt auch, dass es mehr ÖV-Angebote hat. Ihr wollt auch, dass es mehr Optionen gibt, die man nutzen kann.

Aber Ihr sagt gleichzeitig: Wir müssen zurückfahren. Ihr reduziert zwar nicht das Ganze, aber Ihr sagt einfach: Das Wachstum muss reduziert werden. Aber liebe Leute, wenn wir Wachstum haben, dann müssen wir das ja auch finanzieren. Ihr könnt zuhause auch nicht die Familie vergrössern, ohne mehr Geld in die Hand zu nehmen. Oder ein grösseres Haus bauen, ohne mehr Geld in die Hand zu nehmen.

Ja, Ihr werft uns abenteuerliche Argumentationsketten vor, aber die Argumentationen, die Ihr bringt, sind noch viel abenteuerlicher. Ihr wollt nämlich nicht finanzieren, was Ihr eigentlich im

ENTWURF

Grunde auch möchtet. Ihr verlangt einfach, dass diese Leistungen quasi mit den gleichen Mitteln erbracht werden. Und die Leistungen sind sogar steigend. Und Ihr wollt nicht, dass man dafür mehr ausgibt. Ihr unterstützt sogar, ich könnte ganz viele Beispiele aufzählen, dass die Steuereinnahmen sinken, weil Ihr Steuern abschafft. Ihr reduziert. Ihr unterstützt immer wieder mit, dass der Bund und der Kanton (Eure Parteien natürlich, nicht Ihr hier drinnen, das ist mir schon klar) Steuererträge reduzieren oder irgendwie als Aufgaben an die Gemeinden überwälzen. Das tragt Ihr alles mit. Ja, das muss ich kritisieren, tut mir leid.

Und Ihr spart jetzt hier in der Stadt Winterthur einfach die paar Millionchen und habt das Gefühl, Ihr hättet damit die Welt gerettet. Aber wir sehen und wir wissen, dass die Aufgaben, die auf uns zukommen, sehr gross sind. Wir müssen unglaublich viele Schulhäuser sanieren. Wir müssen neue Schulhäuser bauen. Wir brauchen mehr Angebote, auch in der schulischen Unterstützung. Wir brauchen auch mehr Angebote, die uns helfen, die Klimaerwärmung zu reduzieren. Wir müssen auch dort investieren. Wir müssen investieren in die Antworten auf die Probleme, die kommen mit der Klimaerwärmung. Und das alles mit dem gleichen Geld. Das heisst, Ihr wollt nicht in dem Mass, in dem es nötig ist, etwas unterstützen.

Das muss ich ganz ehrlich sagen: Das kann ich nicht mittragen. Ich werde deshalb – wir konnten es leider nicht diskutieren, da das ganz kurzfristig kam – einen Teil der Anträge der SP auch mitunterstützen. Danke für die Kenntnisnahme.

R. Tobler (FDP): Zum vermutlich letzten Mal: Einerseits freuen wir uns als FDP, dass wir einen guten Schritt gemacht haben in hoffentlich gesunde Finanzen der Stadt Winterthur, dass wir da in eine richtige Richtung gehen.

Für Benedikt die Information: Frankreich hat doppelt so viele Schulden wie Jahresumsatz. Winterthur ist schon auf dem besten Weg dorthin, das Zinsverhältnis ist natürlich logischerweise – wenn man rechnen kann – ziemlich gleich überall auf der Welt. Also wir sind froh, dass wir nicht gerade französische Zustände haben, dorthin wollen wir ja nicht. Und heute haben wir einen guten Schritt gemacht, dass wir nicht in diese Richtung gehen.

Finanziell liegt aber die Stadt immer noch ein bisschen im Delirium, irgendwo auf dem Spitalbett, wenn es um die Finanzen geht. Oder wie es die Stadträtin Martina Blum gesagt hat, macht es ihr ja Bauchschmerzen bei den Finanzen wegen dem Hallenbad. Oder wie es Olivia in ihren Worten gesagt hat, könnte man auch sagen, es klöpft und tätscht bei uns in den Finanzen. Spätestens wenn man das anschaut, sollte man ja sehen, dass es dort nicht ganz ideal läuft.

Und das, was vorhin gesagt wurde, mit dem Stellen streichen: Ich habe jetzt wirklich nochmals lange überlegt und ich habe wirklich unglaublich tief gesucht – ich habe leider nichts gefunden. Wie es Christian schon sehr treffend gesagt hat: Wir hatten einen Ort, wo wir 4.5 Stellen bewilligt haben und nicht 5.5 Stellen. Denn wenn man das Budget anschaut, kann man sich halt nicht überall alles wünschen. Und es ist absolut richtig, was Christian dort auch schon gesagt hat: Alle Leute im Superblock, egal, ob das der Lehrling oder die Lehrtochter ist bis hin zu den Stadträten selbst – man macht irgendwo Prioritätenlisten. Das geht uns allen genau gleich. Wenn ich in die Ferien gehe, dann frage ich mich zuerst mal, was das Zugbillet kostet. Ich würde gerne 1. Klasse fahren, das geht aber leider nicht, deshalb fahre ich 2. Klasse. Und genau bei einer solchen Prioritätenliste muss man im Superblock die unterste Stelle vielleicht noch ein bisschen kürzen.

Der Vorwurf, der gekommen ist, wir würden sehr high level sparen – ich kann es nur nochmals aus der Sicht sagen, wie es in einer anderen Organisation idealerweise laufen würde: Wir geben vor, dass man sparen will. Das war die Anweisung. Es wäre etwas überraschend, wenn der Stadtrat sich da jetzt dem Mehrheitswunsch des Parlaments widersetzen würde. Wir haben aber auch konkrete Vorschläge gemacht oder Themen gebracht, wo der Stadtrat sparen könnte; weil wir sagten, wir wollen nicht zu tief ins Detail. Denn wenn wir zu tief ins Detail gehen, dann kommt es immer so heraus, dass es heisst: Ihr habt keine Ahnung. Wir

ENTWURF

haben einige Dinge aufgelistet, damit wir nicht nur ganz high level sind, obwohl ich immer noch glaube, das wäre der absolute Idealfall. Denn der Stadtrat sollte selbst entscheiden können, bei welchen Themen er sparen will. Er kann uns das nachher ja gerne als Vorschlag entsprechend in die Kommissionen bringen. Wir haben dort vorgeschlagen: Honorare und Gutachten, Dienstleistungen Dritter; Zentralisierung der IT wird ein grosses Thema sein, bei dem man sicher etwas machen kann; Management der Verwaltungsliegenschaften; beim Bau – jeder würde gerne, wenn er ein Haus oder eine Wohnung baut, natürlich die beste Variante bauen – manchmal geht halt nicht immer die beste; wir haben das Thema der HR-Zentralisierung, wo man sicher etwas herausholen kann; die Kommunikationszentralisierung wäre sicher auch ein Thema; oder z. B. ein Mobilitätsthema bei der Stadtverwaltung, zentralisierte Fahrzeugbeschaffung, das man jetzt (glaube ich) ein bisschen angepasst hat.

Wie vorhin schon gesagt: Wir haben im Grundsatz eigentlich nicht ein Einnahmenproblem, sondern wir haben ein Ausgabenproblem. Und wir wünschen uns, dass wir das positive Ergebnis, das ja auch öfters betont wurde, zum Schuldenabbau und/oder Stärkung des Eigenkapitals einsetzen können. Denn wie wir ja alle wissen seit dem letzten Mal, haben wir auch beim Eigenkapital nicht wahnsinnig rosige Aussichten.

Allgemein bei der Budgetdebatte kann man noch sagen, dass es schon wünschenswert wäre, dass wir, wenn wir das Budget erhalten, einerseits keine falschen Zahlen im Teil A erhalten, die nachher nachgeliefert werden müssen, oder die Liste der befristeten Stellen fehlt und man diese erfragen muss, oder Zahlen, die aus dem definitiven Budget 2024 nicht korrekt ins Budget 2025 übernommen wurden. Dann wundert es einen eben auch nicht, dass wir – aber auch Olivia – Unmengen von Stunden ins Budget investieren müssen und natürlich viel effizienter wären, wenn wir die richtigen Fakten gleich auf dem Tisch hätten.

Und was schon ein bisschen erstaunlich oder fast schon ein bisschen frech ist (und ich diese Person so eigentlich in der Kommissionsarbeit nicht kennengelernt habe), die Ratshälfte – bzw. nicht nur die Ratshälfte, sondern einen grossen Teil des Rats – als inkompetent zu bezeichnen, wie wir da vorgegangen sind, das ist – glaube ich - unter der Gürtellinie. Es gibt ja Leute, die dieses Gefühl bei mir auch schon hatten, aber das hier gehört da sicher relativ weit hinunter unter der Gürtellinie. Oder vielleicht ist es einfach ein Problem des Demokratieverständnisses. Denn zumindest meine Auffassung ist: Ich als FDPLer wurde ganz sicher auch ins Stadtparlament gewählt, um die Finanzen mit im Griff zu haben. Es freut mich natürlich, dass ich da bin und einen kleinen Beitrag leisten kann, weil es andere gibt, die sicher nicht deswegen gewählt wurden – was ja auch legitim ist.

Was man schon auch noch sagen muss: Dass jetzt die SP den Antrag der EVP nicht unterstützt, das ist auch ein bisschen... Ich würde es jetzt nicht inkompetent nennen, aber wir können das Wort ja schon nochmals nehmen, wenn es von Eurer Seite aus genannt wurde. Denn so würde man nämlich genau mutwillig ein Notbudget in Kauf nehmen. Und das wäre sicher nicht sehr clever. Aus diesem Grund werden wir den Antrag der EVP entsprechend auch unterstützen. Vielen Dank.

M. Wackerlin (SVP): Nur ein paar Repliken zu dem, was jetzt gesagt wurde.

Zuerst natürlich vielen Dank all denen, die uns helfen, ein einigermaßen passables Budget hinzubringen.

Aber, liebe Bea, wenn Du schon so emotional sagst, wir müssen zusammenstehen: Das Problem ist, Du stehst auf der falschen Seite. Dann komm zu uns und steh bei uns zusammen.

Und lieber Reto: Grüne Politik macht ja alles, um die Industrie zu zerstören und das Wachstum zu verhindern. Ich habe mich richtig gewundert, als ich Dein Votum gehört habe. In Deutschland sind sie ja extrem erfolgreich, die grünen Politiker, dort ist die Wirtschaft praktisch am Boden. Und wenn wir bei uns so weitermachen, geht es uns auch nicht anders. Dann hast Du immer noch die linke Wahnvorstellung, dass die Stadt Optionen schafft. Private

ENTWURF

schaffen Optionen, mit dem Geld, das der Staat ihnen lässt! Nicht der Staat schafft Optionen mit dem Geld, das er den Privaten wegnimmt. Gerade beim Thema Schulen: Bei den öffentlichen Schulen hast Du ja null Auswahl. Wenn Du Auswahl haben willst, dann bezahlst Du selbst Deine Privatschule. Es ist gerade das dümmste Beispiel, das Du Dir da ausgesucht hast.

Deshalb müssen wir schauen, dass wir ein vernünftiges Budget hinbringen und vielleicht dann mittelfristig auch die Steuern senken, so dass wir wenigstens auf einen Steuerfuss kommen, der nur ein bisschen über dem kantonalen Mittel ist, statt der zweit- oder dritthöchste im ganzen Kanton. Merci vielmals.

Ch. Hartmann (SVP): Reto, es ist manchmal sehr spannend, mit Dir zu diskutieren. Ich möchte das jetzt auch machen. Du hast gesagt, was wir alles wollen und bei dem wir auch froh sind, dass es das gibt. Ich wäre dann noch froh um – sagen wir eine Handvoll – Anträge der SVP in den letzten paar Jahren, die mehr Leistungen des Staats gefordert haben. Die SVP könnte übrigens auch dazu beitragen, wenn man Ideen bräuchte, wie das Wachstum der Bevölkerung nicht mehr ganz so gross wäre. Aber das würde wahrscheinlich an den Grundfesten der Grünen rütteln, so wie Vorschläge zur CO₂-sparenden Produktion von Strom.

Es ist aber so, dass wir hier nicht nur quasi auf das antworten, sondern ich würde auch einen Auftrag mitnehmen aus der Diskussion, die es vorhin gegeben hat: Die Frage, ob der Steuerertrag steigt oder sinkt, wenn man den Steuerfuss nach oben oder unten setzt, scheint hochumstritten zu sein. Da kann man nämlich mit dem gleichen Argument offensichtlich links wie rechts darüber debattieren. Ich werde den Präsidenten der Aufsichtskommission bitten, dieses Thema einmal anzugehen. Danke.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wir haben ja neu die Ziffer 6, diese habe ich erst heute Abend gesehen. Franziska Kramer hat gesagt, die aufschiebende Wirkung eines Rechtsmittels kann man entziehen, wenn es eine besondere Situation ist. Und sie hat auf damals hingewiesen, als das Budget zurückgewiesen wurde und das Parlament dann erst im neuen Jahr ein Budget beschlossen hat. Und das war tatsächlich eine besondere Situation.

Ich sehe noch nicht ganz genau, wo jetzt da die besondere Situation ist. Und bin der Ansicht, dass man mit diesem Antrag eigentlich nicht viel mehr sagt, als dass man selbst nicht so ganz sicher ist, ob er schlau ist, ob er rechtlich haltbar ist, ob er beides ist – wie auch immer. Wer also auf diese pauschale Globalkreditkürzung setzt, müsste eigentlich auch davon ausgehen, dass es keine besondere Situation ist und wir das ohne aufschiebende Wirkung machen könnten. Ich lehne diesen Antrag ab.

Ich habe es letzte Woche schon einmal gesagt und möchte es jetzt in einem Satz nochmals kurz sagen: Das Budget, das Kaspar Bopp und der Gesamtstadtrat da gemacht haben, in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, ist ein sehr gutes Budget. Wir hätten das ohne lange Diskussion nach der Kommissionsberatung so verabschieden können. Und die Winterthur grundsätzlich immer 1. Klasse fährt, ich glaube, das ist einfach nicht die Realität. Das Winterthurer Modell sieht schon lange anders aus.

F. Kramer (EVP): Einfach damit nicht der Verdacht aufkommt, ich hätte den Antrag nicht verschickt: Den Antrag habe ich natürlich ordentlich verschickt. In diesem Fall ist er einfach nicht bis zu Dir gekommen – das ist ein internes Problem.

Der Stadtrat hat letzten Montag erwähnt, dass er ein Rechtsmittel in Erwägung zieht. Und deshalb kommt dieser Antrag. Das ist kein Schuldeingeständnis oder was immer Du gesagt hast, denn wir schauen ihn immer noch als legal und legitim an.

Wenn wir in die Details gehen, stimmt es natürlich. Wenn es eine Aufsichtsbeschwerde wäre, dann bräuchte es das nicht. Wenn es ein Rekurs ist, dann braucht es das. Und das wären

ENTWURF

dann die juristischen Details, die wir gerne diskutieren können. Aber hier geht es mehr um Sicherheit. Wir haben immer gesagt, dass wir diesen Globalkürzungsantrag nehmen und nicht eine Rückweisung, weil wir ein gültiges Budget wollen. Und das ist die Konsequenz, dass man das auch in diesem Antrag so zeigt.

J. Praetorius (Grüne/AL): Ich habe kein Votum vorbereitet, ich habe einfach ein paar Gedanken Revue passiert. Ich würde nicht bestreiten, dass man die Stadt Winterthur wie einen Konzern behandeln und durchaus auch auf die Finanzen hinuntertrimmen darf; aber es ist sicher auch so, dass wir nicht alle nur für die Finanzsicherheit gewählt wurden. Es kann durchaus sein, dass wir als Beauftragte für Finanzsicherheit in Winterthur gewählt wurden, aber es geht genau auch darum, dass wir die Gemeinschaft in Winterthur in Zukunft gewährleisten können, dass wir Entwicklungen in unserer Stadt so vornehmen können – auch wenn es Geld kostet. Wir investieren dieses Geld, das ist auch in fachökonomischen Kreisen bekannt. Nehmen wir mal Deutschland (ich möchte die FDP jetzt hier mal nicht erwähnen): Da sind auch Köpfe gerollt für knallhartes Entscheiden auf hinuntergetrimmte Zahlen und eine schwarze Null.

Ich meine: Wir können in die Krise der Zukunft hineinschlittern. Wir können den Klimawandel als Stadt sicher nicht aufhalten, aber wir können die Auswirkungen, die es auf unsere Bevölkerung haben wird, minimieren. Und das ist eine Vorsorge, die wir tätigen mit diesem Geld. Aber ja, wir können auch in diese Richtung fahren und mit «Hauptsache schwarze Null» auch an dieses Ziel gelangen.

Aber es geht auch darum, dass wir für die Bevölkerung ein Vertrauen herstellen, wie wir als Parlament funktionieren, wie wir auch mit dem Stadtrat zusammenarbeiten. Und alles zu delegieren, dass einfach global gekürzt werden soll und gesagt wird: Ihr sagt, wo Ihr kürzen wollt – das ist einfach ein Wegschieben von Problemen. Und der Fokus liegt knallhart darauf, dass die Zahlen heruntergehen müssen.

Ich würde da vielleicht auch einen kleinen Wunsch machen für Weihnachten – vielleicht ist es auch Wunschdenken, dass man da zusammenarbeiten kann. Dass man sich überlegt, was unser Auftrag ist, abgesehen davon, dass wir das Geld nicht aus dem Fenster werfen. Aber es gibt Investitionen zu tätigen in der Stadt. Es geht auch um das morgen, nicht nur um den Geldbeutel von heute. Danke.

Stadtrat K. Bopp: Besten Dank. Es ist doch einfach schade. Ich habe schon mein letztes Votum damit begonnen. Jetzt habt Ihr 49 Globalkredite beschlossen. Zum Beispiel habt Ihr bei der IDW 150'000 Franken gekürzt. Bei der Polizei habt Ihr explizit gesagt, dass Ihr nicht wollt, dass man kürzt. Zählt das jetzt? Oder zählt das jetzt nicht?

Mit dem Budget sollte das Parlament zum Ausdruck bringen, was es im nächsten Jahr vom Stadtrat und der Verwaltung erwartet. Und zwar nicht nur geldmässig, wie man z. B. an den Diskussionen rund um die Polizei sieht. Das Problem ist: Das ist dem vorliegenden Budget nicht eindeutig zu entnehmen. Es ist in sich widersprüchlich, das hat man z. B. auch gerade an den Voten von GLP und SVP gesehen, die fordern, einmal gegen die Umwelt und einmal mit der Umwelt zu sparen.

Die aufgezeigten Vorschläge, die auch jetzt nochmals erwähnt wurden, funktionieren nicht. Das wisst Ihr alle aus den Kommissionsberatungen, sonst hättet Ihr diese Anträge ja dort explizit gestellt. Und sie wurden ja auch in der Debatte vor einer Woche nochmals ausführlich diskutiert.

Nicht zuletzt wegen dieser Widersprüchlichkeit im Budget wird der Stadtrat eine Aufsichtsbeschwerde prüfen. Wir haben es noch nicht beschlossen. Wir werden die Vor- und Nachteile selbstverständlich abwägen, die eine solche Aufsichtsbeschwerde hat, denn auch wir wünschen uns natürlich keinen budgetlosen Zustand. Es ist aber nicht so, dass der Stadtrat einfach die Füsse stillhalten muss und dann ist alles gut. Eine Aufsichtsbeschwerde kann jede

ENTWURF

Person hier drinnen machen und kann auch jede Person ausserhalb dieses Raumes machen. Es ist sogar so, dass der Bezirksrat, wenn er aus den Medien entnimmt, was da für ein Antrag gestellt wurde, auch von sich aus tätig werden kann und das Budget anschauen kann. D. h. es braucht gar nicht unbedingt den Stadtrat. Wir haben es nach heute nicht mehr im Griff, ob jemand eine Aufsichtsbeschwerde macht. Und das wird geprüft werden. Das führt aber deswegen nicht automatisch zu einem budgetlosen Zustand; das kann nur dann zu einem budgetlosen Zustand führen, wenn es tatsächlich so ist, dass das Parlament die gesetzliche Arbeit nicht gemacht hat. Und ich sage «kann», denn auch dann kann der Bezirksrat zum Schluss kommen, dass er einen anderen Weg wählt, z. B. dass er das Budget nicht zurückweist, sondern ein leicht abgeändertes Budget als gültig erklärt. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten, die der Bezirksrat oder die zuständige Behörde ergreifen kann.

Der FAP wurde erwähnt, dort gibt es noch einen Punkt dazu: Auch wir sind der Meinung, dass der FAP eine Überarbeitung braucht, bis er zu einem guten Budget werden kann. Es ist und bleibt ein grobes Planungsinstrument. Wenn Ihr diesem Ausdruck verleihen wollt mit einer negativen Kenntnisnahme, dann können wir damit leben. Es ist und bleibt ein Planungsinstrument.

Ich möchte es nicht unterlassen, mich zum Schluss trotzdem noch zu bedanken. Es gab sehr viele gute Kommissionsberatungen, es gab auch viele gute Diskussionen hier im Rat. Es gab Kürzungsanträge, bei denen man unterschiedlicher Meinung sein kann, die aber inhaltlich fundiert waren. Die nehmen wir sehr gerne mit. Und insofern bin ich froh, wenn man jetzt ein Budget beschliessen kann. Und den Rest werden wir sehen, ob der Stadtrat oder irgendjemand sonst eine Aufsichtsbeschwerde ergreifen wird. Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Wir können jetzt zu den Schlussabstimmungen schreiten. Wir haben insgesamt 6 Anträge, die einzeln zur Abstimmung kommen. Am besten sieht man sie im Drehbuch auf Seite 1. Es sind die 5 Anträge des Stadtrats und dann der Antrag 6, welcher den Entzug der aufschiebenden Wirkung betrifft, der auf der Leinwand projiziert war. Die Ausgangslage ist somit geklärt und wir beginnen mit den Abstimmungen.

Antrag Ziffer 1. Das Budget der Stadt Winterthur über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktegruppen in der Erfolgsrechnung für das Jahr 2025 wird genehmigt.
Abstimmungsresultat: Der Antrag wird mit 33:25 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

Antrag Ziffer 2. Das Budget der Stadt Winterthur über die Ausgaben und Einnahmen in der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens für das Jahr 2025 wird genehmigt.
Abstimmungsresultat: Der Antrag wird mit 33:25 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

Antrag Ziffer 3. Der Steuerfuss der ordentlichen Gemeindesteuern wird auf 125 Prozent (2024: 125 %) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (24 Franken pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.
Abstimmungsresultat: Der Antrag wird mit 46:12 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

Antrag Ziffer 4. Der Finanz- und Aufgabenplan (FAP) der Stadt Winterthur für die Jahre 2025 bis 2028 wird zur Kenntnis genommen.
A= Zustimmende Kenntnisnahme, B = Ablehnende Kenntnisnahme.
Abstimmungsresultat: Der FAP wird mit 36:22 Stimmen bei 0 Enthaltungen zustimmend zur Kenntnis genommen.

Antrag Ziffer 5. Der Stadtrat wird ermächtigt, pauschal in der Produktegruppe «Städtische Allgemeinkosten» eingestellte Positionen im definitiven Budget den Produktegruppen zu belasten.

ENTWURF

Abstimmungsresultat: Der Antrag wird mit 58:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

Antrag Ziffer 6: Einem Rekurs oder einem Rekurs in Stimmrechtssachen wird die aufschiebende Wirkung entzogen.

Abstimmungsresultat: Der Antrag wird mit 33:25 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

Somit sind alle Anträge dieser Weisung behandelt. Das Budget ist verabschiedet. Auch von meiner Seite herzlichen Dank an Euch alle für das konstruktive Mitdiskutieren; aber auch an die Verwaltung für die Vorbereitung und natürlich auch an den Parlamentsdienst für die Vorbereitung all dieser Abstimmungen, die wir teilweise noch in verschiedenen Varianten vorbereitet haben. Marc Bernhard und Jüge Bachmann, herzlichen Dank auch von meiner Seite für diese Vorbereitungen.

Wenn ich auf die Uhr schauen, werden wir kein weiteres Traktandum mehr behandeln. Aber es sind noch zwei persönliche Erklärungen angekündigt worden. Die erste von Christian Griesser.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Ich will Euch nicht länger vom Apéro abhalten. Und ich sage nichts zum Budget, sonst bekomme ich ja Ärger mit Felix Helg. Ich möchte Euch nur mitteilen: Ich ging heute vor der Parlamentssitzung noch beim Bezirksrat vorbei und habe dort einen Brief eingeworfen, in dem der Rücktritt aus dem Stadtparlament auf Mitte Februar 2025 beantragt wird. Ich habe dann noch eine Ratssitzung im Januar.

Parlamentspräsident F. Helg: Danke für die Mitteilung. Mit Deinem Ausscheiden verlässt einer der amtsältesten Parlamentarier den Rat. Wir nehmen dann die Verabschiedung an der nächsten Plenumsitzung vor. Die nächste Erklärung ist von Renate Dürr.

R. Dürr (Grüne/AL): Auch ich möchte die Sitzung nicht in die Länge ziehen, möchte Euch aber wie Christian informieren, dass ich heute meinen Rücktritt aus dem Stadtparlament eingereicht habe; ebenfalls auf den gleichen Zeitpunkt wie Christian Griesser. Es wird also einen Doppelabgang geben. Danke für die Kenntnisnahme.

Parlamentspräsident F. Helg: Wir nehmen auch das zur Kenntnis und werden die Verabschiedung an der nächsten Plenumsitzung vornehmen. Ich habe zu Beginn der Sitzung mal nachgezählt: Das ist in dieser laufenden Legislatur der 20. Rücktritt, den wir hier im Parlament vermelden müssen seit Mai 2022. Ich habe noch 2 – 3 Mitteilungen. Es sind alle Anwesenden, wie schon einleitend gesagt, im Anschluss zum Apéro eingeladen. Vom Timing her sollte es gut aufgehen, dass der Glühwein jetzt bereit ist. Jürg Bachmann hat mir gesagt, ich solle unbedingt darauf hinweisen, dass man alles mitnimmt, also das ganze Gepäck, weil nachher der Saal geschlossen wird und kein Hauswart mehr hier ist. Also wenn man den Hausschlüssel im Saal lassen würde, käme man kaum mehr nach Hause. Nehmt also alles mit, das ist noch wichtig. Ich möchte an dieser Stelle allen Kolleginnen und Kollegen herzlich danken für die Arbeit im Parlament in diesem Jahr, für die konstruktiven Debatten insgesamt. Ich wünsche an dieser Stelle schöne Festtage und einen guten Abschluss des Jahres. Nächsten Montag haben wir keine Sitzung mehr. Die nächste Sitzung ist am 20. Januar 2025. In dem Sinne schliesse ich die letzte Sitzung dieses Jahres und freue mich, noch möglichst viele zu sehen beim anschliessenden Apéro. Besten Dank.

ENTWURF

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

F. Helg (FDP)

Ph. Weber (SP)

S. Kocher (GLP)

Beilagen:

- Abstimmungsprotokolle

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 16:32:52
Abstimmungsfrage A16-A17 Baubewilligungen SBK Umformulierung/Änd. Messgrössen (Sammelabst.)

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	57
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	Nicht anwesend
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 16:59:08
Abstimmungsfrage A18 Städtebau SBK Fr. - 100'000 (Sachkosten)

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	33
B: Ablehnung	24
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung
Dürr Renate	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	B: Ablehnung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	Nicht anwesend
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 16:59:50
Abstimmungsfrage A19 Städtebau SBK P4 Hochbau Umformulierung Messgrösse

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	57
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	Nicht anwesend
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 17:00:33
Abstimmungsfrage A20 Städtebau SBK P4 Hochbau Erhöhung Messwert auf 95%

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	29
B: Ablehnung	28
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung
Dürr Renate	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	B: Ablehnung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	Nicht anwesend
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 17:15:45
Abstimmungsfrage A21 Stadtpolizei Grüne/AL Fr. - 187'000 (Stellenverzicht)

Ergebnis

Stimmberechtigt	59
A: Zustimmung	23
B: Ablehnung	34
Enthaltung	1
Abgestimmt	58
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	B: Ablehnung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	B: Ablehnung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	Nicht anwesend
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	B: Ablehnung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Porlezza Gioia	B: Ablehnung
Praetorius Julius	Enthaltung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	B: Ablehnung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	B: Ablehnung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	B: Ablehnung
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 17:30:21
Abstimmungsfrage A22 Volksschule SP Fr. + 120'000 (Tagesschulen)

Ergebnis

Stimmberechtigt	59
A: Zustimmung	24
B: Ablehnung	34
Enthaltung	0
Abgestimmt	58
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	B: Ablehnung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	B: Ablehnung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	B: Ablehnung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	B: Ablehnung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Porlezza Gioia	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	B: Ablehnung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	B: Ablehnung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	B: Ablehnung
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 17:45:34
Abstimmungsfrage A23 Volksschule SBK Änderung Bewilligungsorgan auf # (Proj. 5011970)

Ergebnis

Stimmberechtigt	60
A: Zustimmung	34
B: Ablehnung	25
Enthaltung	0
Abgestimmt	59
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung
Dürr Renate	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	B: Ablehnung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 17:46:28
Abstimmungsfrage A24 Volksschule SBK Änderung Bewilligungsorgan auf # (Proj. 5012050)

Ergebnis

Stimmberechtigt	60
A: Zustimmung	34
B: Ablehnung	25
Enthaltung	0
Abgestimmt	59
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung
Dürr Renate	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	B: Ablehnung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 17:50:44
Abstimmungsfrage A25 Prävention/Suchthilfe SSK Fr. - 30'000 (Fehlerkorrektur)

Ergebnis

Stimmberechtigt	60
A: Zustimmung	59
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	59
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 17:53:54
Abstimmungsfrage A26-29 Stadtwerk SBK Änderung des Bewilligungsorgans auf # (Sammelabst.)

Ergebnis

Stimmberechtigt	60
A: Zustimmung	59
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	59
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 17:56:44
Abstimmungsfrage A30 Stadtparlament AK Fr. - 45'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	60
A: Zustimmung	59
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	59
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 18:00:52
Abstimmungsfrage A31 Datenschutzstelle AK Fr. + 9'000 (Fehlerkorrektur)

Ergebnis

Stimmberechtigt	60
A: Zustimmung	59
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	59
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
 Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 18:21:04
 Abstimmungsfrage A7 Steuern Finanzausgleich Grüne/AL Fr. - 6 Mio. / Steuerfuss 127%

Ergebnis

Stimmberechtigt	60
A: Zustimmung (127%)	18
B: Ablehnung (125%)	38
Enthaltung	3
Abgestimmt	59
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung (125%)
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung (127%)
Casutt Sarah	A: Zustimmung (127%)
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung (127%)
Dürr Renate	A: Zustimmung (127%)
Ehrbar Jan	B: Ablehnung (125%)
Ernst Nora	B: Ablehnung (125%)
Fehr Jan	B: Ablehnung (125%)
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung (127%)
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung (125%)
Gfeller Selim	B: Ablehnung (125%)
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung (125%)
Gnesa Marilena	B: Ablehnung (125%)
Gonçalves Simon	B: Ablehnung (125%)
Graf Marco	B: Ablehnung (125%)
Griesser Christian	A: Zustimmung (127%)
Gross Michael	B: Ablehnung (125%)
Gschwind Thomi	B: Ablehnung (125%)
Gubler Stefan	B: Ablehnung (125%)
Guddal Jan	B: Ablehnung (125%)
Hager Katja	Enthaltung
Hartmann Christian	B: Ablehnung (125%)
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung (127%)
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	B: Ablehnung (125%)
Holderegger Nicole	B: Ablehnung (125%)
Hugentobler Roman	Enthaltung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung (127%)
Keller Regula	A: Zustimmung (127%)
Kocher Samuel	B: Ablehnung (125%)

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung (125%)
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung (125%)
Kuster Iris	B: Ablehnung (125%)
Lischer Maria	A: Zustimmung (127%)
Maier Christian	B: Ablehnung (125%)
Mancuso Cristina	B: Ablehnung (125%)
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung (127%)
Nater Markus	B: Ablehnung (125%)
Oeschger Benedikt	B: Ablehnung (125%)
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung (125%)
Porlezza Gioia	B: Ablehnung (125%)
Praetorius Julius	A: Zustimmung (127%)
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung (125%)
Romay Dani	B: Ablehnung (125%)
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung (125%)
Sorgo Maria	A: Zustimmung (127%)
Staub Olivia	Enthaltung
Steiner Annetta	B: Ablehnung (125%)
Steiner Markus	A: Zustimmung (127%)
Stritt Gabriela	A: Zustimmung (127%)
Studer Lisa	B: Ablehnung (125%)
Tobler Raphael	B: Ablehnung (125%)
Vogel Kaspar	B: Ablehnung (125%)
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung (125%)
Weber Philippe	A: Zustimmung (127%)
Werner Pascal A.	B: Ablehnung (125%)
Würzer Alexander	B: Ablehnung (125%)
Zäch Benedikt	A: Zustimmung (127%)
Zundel Michael	A: Zustimmung (127%)
Zuraikat André	B: Ablehnung (125%)

Abstimmungstitel

9. Budget 2025

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 20:45:56
Abstimmungsfrage Schlussabstimmung Ziff. 1: Globalkredite und Leistungsziele ER 2025

Ergebnis

Stimmberechtigt	59
A: Zustimmung	33
B: Ablehnung	25
Enthaltung	0
Abgestimmt	58
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung
Dürr Renate	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	B: Ablehnung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Studer Lisa	Nicht anwesend
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus

Offen

Abstimmungsdatum

09.Dezember.2024 20:46:54

Abstimmungsfrage

Schlussabstimmung Ziff. 2: IR Verwaltungs- und Finanzvermögen 2025

Ergebnis

Stimmberechtigt	59
A: Zustimmung	33
B: Ablehnung	25
Enthaltung	0
Abgestimmt	58
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung
Dürr Renate	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	B: Ablehnung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Studer Lisa	Nicht anwesend
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 20:47:46
Abstimmungsfrage Schlussabstimmung Ziff. 3: Steuerfuss 125%

Ergebnis

Stimmberechtigt	59
A: Zustimmung	46
B: Ablehnung	12
Enthaltung	0
Abgestimmt	58
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung
Dürr Renate	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	B: Ablehnung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Studer Lisa	Nicht anwesend
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	B: Ablehnung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 20:48:36
Abstimmungsfrage Schlussabstimmung Ziff. 4: FAP 2025-2028

Ergebnis

Stimmberechtigt	59
A: Zustimmende Kenntnisnahme	36
B: Ablehnende Kenntnisnahme	22
Enthaltung	0
Abgestimmt	58
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse**Name****Ergebnis**

..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Casutt Sarah	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Dürr Renate	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ehrbar Jan	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Ernst Nora	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fehr Jan	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gfeller Selim	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gonçalves Simon	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Graf Marco	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Griesser Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gross Michael	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gubler Stefan	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Guddal Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hager Katja	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hartmann Christian	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Keller Regula	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kocher Samuel	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kuster Iris	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Lischer Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Maier Christian	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Mancuso Cristina	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Oeschger Benedikt	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Perroulaz Raphael	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Porlezza Gioia	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Praetorius Julius	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Romay Dani	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Staub Olivia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Annetta	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Stritt Gabriela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Studer Lisa	Nicht anwesend
Tobler Raphael	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Vogel Kaspar	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Wäckerlin Marc	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Weber Philippe	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Werner Pascal A.	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Würzer Alexander	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zäch Benedikt	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zundel Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zuraikat André	B: Ablehnende Kenntnisnahme

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 20:49:20
Abstimmungsfrage Schlussabstimmung Ziff. 5: Ermächtigung Stadtrat "Städt. Allgemeinkosten"

Ergebnis

Stimmberechtigt	59
A: Zustimmung	58
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	58
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	Nicht anwesend
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Budget 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 09.Dezember.2024 20:50:03
Abstimmungsfrage Schlussabstimmung Ziff. 6 (neu): Entzug aufschiebende Wirkung

Ergebnis

Stimmberechtigt	59
A: Zustimmung	33
B: Ablehnung	25
Enthaltung	0
Abgestimmt	58
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung
Dürr Renate	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	B: Ablehnung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Studer Lisa	Nicht anwesend
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung